



Evangelische Verantwortung

Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU | Ausgabe 7+8/2019

**Gibt es eine Zukunft
für Christen und religiöse
Minderheiten im Irak?“**

Philipp W. Hildmann,
David Müller > 10

**Wieviel Religion braucht
unser Land?**

Klaus Baschang > 13



*Klimawandel – Apokalypse
oder Herausforderung?*

Prof. Dr. Wolfgang Merbach > 3



Liebe Leserin, lieber Leser,

Ich danke für das erneute Vertrauen, das mir die Delegierten des EAK-Bundesarbeitskreises auf unserer **52. EAK-Bundestagung in Dortmund** ausgesprochen haben und für die Bestätigung im Amt des Bundesvorsitzenden. Zusammen mit den neu gewählten Mitgliedern des **EAK-Bundesvorstandes** freue ich mich auf gute Zusammenarbeit in den kommenden zwei Jahren.

Unser Bundestagsthema „**Zusammenhalt stärken und Gemeinschaft schützen – Verantwortliche Politik in Zeiten von Populismus und Demokratieverdrossenheit**“ hätte kaum aktueller sein können. Denn die Gefährdungen durch demokratiefeindlichen Populismus, politischen Radikalismus und Ideologien, die spalten, beschäftigen uns leider in immer größerem Ausmaße. Mit großer Erschütterung, Trauer und Anteilnahme haben wir in Dortmund auch von unserem EAK-Mitglied und heimtückisch ermordeten Regierungspräsident **Dr. Walter Lübcke** (Kassel) in stiller Fürbitte Abschied genommen. Mit ihm wurde ein Vertreter des demokratischen Staates von einem Rechtsextremisten ermordet, ja aus nächster Nähe gezielt hingegerichtet. Das ist eine Zäsur. Es ist unfassbar. Walter Lübcke war ein überzeugter Christdemokrat und engagierter evangelischer Christ. Er hatte klare Prinzipien und ein offenes Herz für andere. Er war einer von uns.

Das hasserfüllte Klima, das über Jahre hinweg gegen ihn angeheizt worden ist, war am Ende eine entscheidende Voraussetzung für diese schändliche Tat. Das zeigt einmal mehr, dass verrohte bzw. verhetzende verbale Gewalt bereits eine hochgefährliche Vorstufe von Gewalttaten sein kann. Es sollte in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben, dass sich auch Vertreter der AfD an dieser Stimmungsmache gegen Lübcke beteiligt haben und sein persönliches Flüchtlingsengagement diffamiert und in den Schmutz gezogen haben. Dazu kann es nur eine Antwort geben: Wir dulden nie wieder braunes Gedankengut, keine menschenverachtenden Parolen und keine rassistischen Weltbilder. Denn Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus und völkisches Denken waren schon immer, sind und bleiben eine Schande für unser deutsches Vaterland!

In Abgrenzung zu allen polarisierenden und demokratiegefährdenden Tendenzen – von rechts wie von links – haben wir mit der 52. Bundestagung in Dortmund ein Zeichen gesetzt: Für ein gesellschaftliches Miteinander und eine neue konstruktive Dialog- und Diskussionskultur. Für uns als Christen in der Politik – passend zum Motto des diesjährigen **37. Deutschen Evangelischen Kirchentages (DEKT)** – ist **Vertrauen** die entscheidende Voraussetzung. Ohne sie kann es keine förderliche Politik, keine lebendige freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie geben. Und wo das Vertrauen in die handelnden Personen, die Institutionen und die demokratischen Verfahren und Abläufe schwindet, wird es hochproblematisch. Das Vertrauen in die Politik gilt es gemeinsam zu stärken und allen Kräften entschlossen entgegen zu treten, die dieses kostbare Gut beschädigen.

Unterschiedliche Interessen, Lebensstile und Meinungen gehören zu jeder freiheitlichen Ordnung. Um sie auszugleichen und um zu Entscheidungen zu kommen, braucht es öffentliche sachgemäße Debatten und eine konstruktive Streitkultur. Aber am Ende des Prozesses werden politische Entscheidungen durch klare demokratische Regeln legitimiert und nicht auf der Straße, auf **youtube** oder im **Internet** und in den **Filterblasen radikaler Einzelmilieus**.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zu dem „youtube“-Video des Influencers namens **Rezo („Die Zerstörung der CDU“)** vor der Europa-Wahl: Meinungsfreiheit und bisweilen auch heftig geführte Debatten sind eine ausdrückliche Selbstverständlichkeit in unserer freien Demokratie. Bedenklich in diesem Video ist allerdings, wenn die „Zerstörung“ von CDU und CSU beschworen und regelrecht herbeigesehnt wird. Wann hat es mit einer solchen Medienmacht einen derartigen Angriff auf eine demokratisch gewählte Partei gegeben hat, die in der Mitte der Gesellschaft steht und in der sich hunderttausende Mitglieder ehrenamtlich vor Ort engagieren? Dem Aufruf zur „Zerstörung“ von allen übrigen demokratischen Parteien würde ich übrigens genauso entgegentreten. Es ist erschreckend und bedauerlich, dass bisher kein renommierter Journalist diesen Titel und den damit verbundenen Aufruf zur Zerstörung kritisch aufgegriffen hat. Bei allen sachlichen Unterschieden sollte so nicht mit traditionsreichen, demokratischen Parteien und ihren Mitgliedern umgegangen werden.

Einen ersten Eindruck von unserem **Kirchentagsempfang** auf der 52. Bundestagung – mit über 550 Gästen aus Kirche, Gesellschaft und Politik – können Sie am Ende dieses Heftes (s. S. 18/19) gewinnen. Einen ausführlichen Bericht von unserer Gesamttagung gibt es in der kommenden Ausgabe unserer „Evangelischen Verantwortung“.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine schöne und erholsame Sommerzeit!

Gottes Segen, Ihr

Thomas Rachel *MdB* Bundesvorsitzender
des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Inhaltsübersicht

- 03 | Klimawandel – Apokalypse oder Herausforderung?
- 09 | Thesen und Anmerkungen zum Rezo-Video „Die Zerstörung der CDU“
- 10 | Gibt es eine Zukunft für Christen und religiöse Minderheiten im Irak?
- 13 | Wieviel Religion braucht unser Land?
- 18 | Aus unserer Arbeit



Klimawandel – Apokalypse oder Herausforderung?

Prof. Dr. Wolfgang Merbach

1. Die derzeitige Klimaerwärmung in der öffentlichen Wahrnehmung

In der Öffentlichkeit wird die heutige Klimaerwärmung – auf der Basis des vom Weltklimarat (Intergovernmental Panel of Climate Change = IPCC) vertretenen AGW-Modells (Anthropogen Global Warming Model) – fast ausschließlich den **anthropogenen** („menschengemachten“) Kohlendioxid (**CO₂**)-Emissionen angelastet, die durch die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas sowie Industrie und Verkehr entstehen (1, 2). Es wird deshalb eine rasche **CO₂-Emissionssenkung** („**Dekarbonisierung**“) gefordert (1, 2, 23, 24). Anderenfalls drohe eine **Klimakatastrophe** mit unübersehbaren Folgen für die Menschheit und die Ökosysteme (Abschmelzen des Polar- und Gletschereises, Überflutungen, Wetterextreme, Wüstenausbreitung, Ernteausfälle, Hungersnöte, Artensterben, Verminderung der Biodiversität, 400 Mio. Klimaflüchtlinge (24), „Übersäuerung“ der Meere usw.) (1, 2, 23, 24). Essentiell sei die Umstellung von fossilen auf **erneuerbare Energieträger**, nämlich Windkraft, Solarenergie, Wasserkraft und Bioenergie (z.B. Biosprit), wobei letztere allerdings in Konkurrenz zur Sicherung der Welternährung steht und vielfach zur

Abholzung von Tropenwäldern führt. Die grundlastfähige, ebenfalls CO₂-freie Kernenergie gilt in Deutschland demgegenüber als ethisch nicht vertretbar.

In jüngster Zeit nehmen die Katastrophenwarnungen geradezu hysterische Züge an und der Ruf nach sofortigen, drastischen Abhilfemaßnahmen wird zunehmend heftiger (23, 24, 25). Nach dem bereits sehr ambitionierten Vorschlag der sog. „Kohlekommission“ zum Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2038 folgte die Forderung der Grünen nach Ende des Verbrennungsmotors bis 2030 (Habeck) und der Verdopplung des CO₂-Preises (Baerbock) sowie der *Friday-for-Future*-Bewegung nach einer Steuer von 180 €/t CO₂ (= 162 Mrd. EUR pro Jahr) und Abschaltung von 25 % der Kohlekraftwerke noch 2019 (100 % bis 2030) und 100 %ige Versorgung aus erneuerbaren Energieträgern bis 2035. Besonders schrill nimmt sich das Rezo-Video (24) aus: Nach der fast apokalyptischen Beschwörung der Folgen der bevorstehenden Klimakatastrophe (siehe oben) werden dort u. a. folgende Behauptungen aufgestellt:

a) Deutschland behindere (vornehmlich auf Betreiben der CDU) aus Ignoranz gegenüber der Auffassung nahezu der gesamten seriösen Wissenschaft – im Unterschied zu anderen Ländern

- den Ausbau erneuerbarer Energieträger (vor allem Fotovoltaik), obwohl deren Kosten nicht höher, sondern oftmals niedriger als die der Kohleverbrennung lägen.
- b) Die CO₂-Konzentration der Atmosphäre habe sich in der Erdgeschichte im Gleichgewicht befunden und sich durch die menschlichen Aktivitäten erst in der Neuzeit erhöht. Trotzdem subventioniere die CDU-geführte Bundesregierung die Profite der Kohlelobby aus Steuergeldern.
- c) Falls nicht innerhalb von 9 Jahren die CO₂-Emissionen beendet würden, sei die 1,5-Grad-Grenze nicht einzuhalten mit der Folge einer irreversiblen und nicht mehr zu stoppenden Erderwärmung und Zukunftszerstörung.
- d) Die Sonneneinstrahlung habe für die Erderwärmung keine Bedeutung, da deren Aktivität in den letzten 60 Jahren sehr niedrig gewesen sei.
- e) Der durch den Kohleausstieg zu erwartende Verlust an Arbeitsplätzen (angeblich ca. 20.000) sei eher marginal und im Unterschied zu den ca. 80.000 verlorenen Arbeitsplätzen in der Fotovoltaik relativ leicht zu kompensieren (Anmerkung des Verfassers: Der Wegfall von 80.000 Arbeitsplätzen bei der Fotovoltaik dürfte aber auch maßgeblich auf die mangelnde Konkurrenzfähigkeit hiesiger Solarzellen-Hersteller gegenüber den chinesischen Produzenten zurückgehen!)

Allerdings gibt es gegenteilige Auffassungen und Fakten, die leider in der veröffentlichten Diskussion wenig vorkommen. Beispielsweise bekommt man (anders als Rezo glauben macht) erneuerbare Energiequellen eben nicht ohne Zusatzkosten. So hat die Ökostromförderung die deutschen Stromkunden bisher ca. 240 Mrd. EUR gekostet (jährlich kommen ca. 25 Mrd. hinzu, vgl. 28). Deshalb hat Deutschland inzwischen neben Dänemark die höchsten Strompreise. Die Weltgemeinschaft gibt mehrere 100 Mrd. Dollar jährlich (3) für den „Klimaschutz“ (richtiger wohl die Milderung der Klimaerwärmung; das Klima (als statistischer Mittelwert des Wetters von 30 Jahren) kann man nicht „schützen!“) aus.

Vor diesem Hintergrund wäre es fatal, wenn das vom Weltklimarat favorisierte AGW-Modell vom anthropogenen, CO₂-basierten Klimawandel nicht zuträfe, denn die Menschheit kann es sich nicht leisten, Ressourcen zur Behebung von Phantomen zu vergeuden, in einer Welt mit ca. 1 Mrd. Hungernden

und einem Bevölkerungswachstum von 3 Mrd. bis 2050 schon gar nicht. Tatsächlich bestehen in der internationale Fachwelt erhebliche Zweifel an der Richtigkeit diese Modells (Lit. bei 4, 5, 38). Daher ist auch die Rezo-Aussage zu bezweifeln, dass 97 oder sogar mehr als 99 % der mit Klimafragen befassten Wissenschaftler die These vom anthropogenen Klimawandel bejahen. Dagegen sprechen eine Reihe von Resolutionen, an denen u. a. auch Nobelpreisträger beteiligt waren (26) und die selektive Auswahl der untersuchten Zielgruppen (27). Die oft zitierte Studie von COOK (2013) sortierte alle Arbeiten, die keine Aussage zur menschlichen Klimaverantwortung trafen oder nur eine unbedeutende menschliche Rolle bei der Klimaerwärmung postulierten, als nicht relevant aus, obwohl diese 66,4 % aller ausgewerteten Beiträge umfassten. Die Zustimmung von 32,6 % wurde dann als 100 % gesetzt, so dass am Ende eine verfälschte und irreführende Zustimmungsquote von 97 % behauptet werden konnte.

Daraus folgt, dass die These vom anthropogen verursachten Klimawandel wie alle wissenschaftlichen Hypothesen auf Richtigkeit geprüft werden muss. Die Grundfrage lautet: „Ist das CO₂, das der Mensch der Atmosphäre zusätzlich zuführt, tatsächlich für den heutigen Klimawandel verantwortlich?“ (6). Erst wenn das wissenschaftlich beweiskräftig bejaht werden kann, würde die AGW-Hypothese das Gewicht erhalten, was sie derzeit beansprucht. Und erst dann wären die eklatanten Ausgaben gerechtfertigt, die für die Förderung von erneuerbaren Energiequellen anfallen. Daraus ergeben sich folgende Fragen:

- Ist die heutige Erderwärmung wirklich stärker oder schneller („nie da gewesen“) als vor Industrialisierungsbeginn, als fast nur natürliche Faktoren wirkten?
- Ist das anthropogene CO₂ wirklich die (einzige?) Ursache des heutigen Klimawandels?
- Sind die Befürchtungen über vorrangig negative Folgen (Klimakatastrophe) berechtigt?
- Ist ein sofortiger, radikaler Umstieg von fossilen zu regenerativen Energieträgern realisierbar, ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltig und könnte er die energetische Versorgungssicherheit gewährleisten?

Dazu soll im Folgenden exemplarisch Stellung genommen werden. Vollständigkeit ist dabei nicht beabsichtigt und auch wegen der Begrenztheit der Seitenzahl nicht möglich.

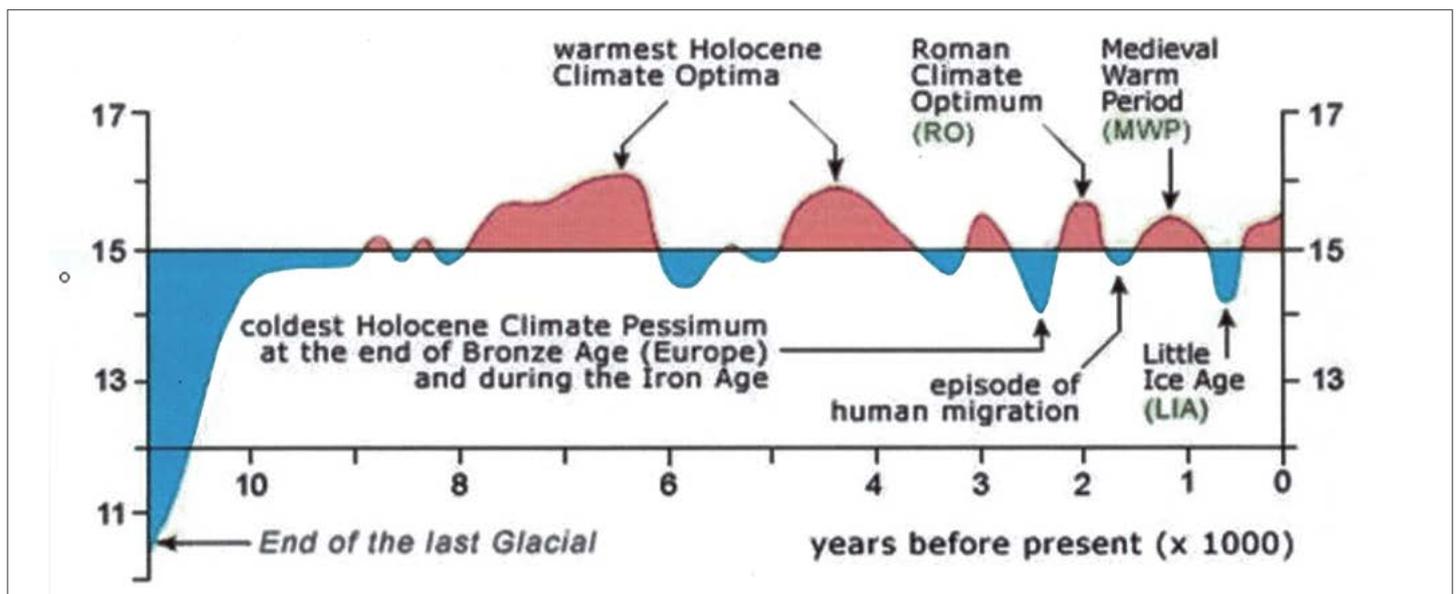


Abb. 1: Oberflächennahe Mitteltemperaturen der Nordhemisphäre in den letzten 11.000 Jahren (Holozän) nach Kehl 2008 (29) und Schönwiese 1995 (30)

2. Ist der derzeitige Klimawandel dramatisch und beispiellos?

Zweifellos erleben wir seit ca. 100–150 Jahren eine globale Erderwärmung, die zeitlichen und regionalen Schwankungen unterliegt und durch Abkühlungen unterbrochen wurde (vgl. 1, 4, 5). Seit 1880 wuchs die Globaltemperatur (durchschnittliche Lufttemperatur an der Land- und Meeresoberfläche) um ca. 1 °C. Gleichzeitig stiegen Ozeantemperaturen und Meeresspiegel (0,2–0,5 mm/Jahr) etwas an und die Schmelzprozesse beschleunigten sich in einigen Erdregionen (aber die Antarktis-Vereisung (7) nahm zu). Klimawandel ist kein neues Phänomen. Seit mindestens 2,3 Mrd. Jahren wechselt das Klima zwischen Kalt- und Warmzeiten. Diese Veränderungen waren meist gravierender (oft 10mal stärker) und schneller als heute. Nach dem Ende der letzten Eiszeit vor ca. 11.500 Jahren leben wir heute in der Warmzeit (Zwischeneiszeit) des Holozäns. Auch diese ist von wechselnden wärmeren und kälteren Perioden geprägt (29, 30). Selbst in historisch überschaubarer Zeit (3.200 Jahre, vgl. Abb.1) gab es Klimaoptima, die z. T. wärmer waren als heute (4, 5, 8).

Zwischenfazit: Der heutige Klimawandel ist also weder beispiellos noch einmalig. Es handelt sich dabei um eine normale Erscheinung unserer Holozän-Warmzeit, die nicht bedrohlich ist und auf natürliche Ursachen zurückgehen muss, da stärkere Erwärmungen als heute auch in vorindustrieller Zeit auftraten.

3. Ist Kohlendioxid (CO₂) die dominierende Ursache für den derzeitigen Klimawandel?

CO₂ gehört neben Wasserdampf (H₂O), Stickoxiden, Methan und Ozon zu den Treibhausgasen, die (ähnlich wie Gewächshausgas) Teile der von Sonne eingestrahelten bzw. von der Erde abgestrahlten Infrarot (Wärme)-Strahlung absorbieren und dadurch die Temperatur der unteren Atmosphäre erhöhen (13, 22). Dieser **natürliche Treibhauseffekt** sorgt an der Erdoberfläche für

mittlere Globaltemperaturen von ca. 14–16 °C und ist eine **Voraussetzung für das irdische Leben** (13). Am wirkungsvollsten sind H₂O (>60 %) und CO₂ (ca. 15 %). Nach Ansicht des IPCC verursachen die menschlichen Treibhausgasemissionen einen zusätzlichen Erwärmungseffekt, wobei dem CO₂ ein Anteil von 60 %, dem H₂O erstaunlicherweise gar keine Wirkung zugeschrieben wird. Darin sieht der IPCC die Ursache für die heutige Klimaerwärmung. Dagegen spricht aber Folgendes (5):

- Der derzeitige Anstieg der CO₂-Konzentration von 0,03 auf 0,04 % ist undramatisch. In der Erdgeschichte lag sie (**entgegen der Behauptung von Rezo**) meist 2–3fach, oft auch 10–20fach höher als heute. Trotzdem traten auch damals weltumfassende Eiszeiten auf. **Die heutige CO₂-Konzentration ist eher eine negative Abweichung in der Erdgeschichte.**
- Der Umfang der anthropogenen CO₂-Emissionen liegt heute bei 5–6 % der CO₂-Gesamtemissionen. Maximal verbleiben 2 % in der Atmosphäre. Die Menschheit hat also nur einen geringen Anteil an der globalen Kohlenstoffbilanz.
- Die Klimasensitivität („Heizwert“) des CO₂ (d. h. Erwärmung bei Verdopplung der Konzentration) wurde bislang weder experimentell noch physikalisch-theoretisch ausreichend genau bestimmt. Die Angaben schwanken zwischen 0,4 und 1,10 (5). Sie sind viel zu niedrig, um die Temperaturprognosen des IPCC (2013/14) von 1,5 bis 4,50 zu rechtfertigen. Lediglich durch die Einführung umstrittener, nicht experimentell gestützter Rückkopplungs(Verstärkungs)faktoren von Wasserdampf und Wolken kommt der IPCC zu diesen hohen „Heizwerten“ (15). Bezeichnenderweise werden Befunde über negative Rückkopplungen (14) und die mit steigender Konzentration logarithmische Abschwächung (Sättigungseffekt) des CO₂-Heizwertes (15) außer Acht gelassen. **Es gibt also keinen belastbaren Beweis für eine starke „Heizwirkung“ des CO₂.**
- In vielen Phasen der Erdgeschichte liefen atmosphärische CO₂-Gehalte und Lufttemperaturen nicht konform. Es traten Eiszeiten bei hohen und Warmzeiten bei niedrigen

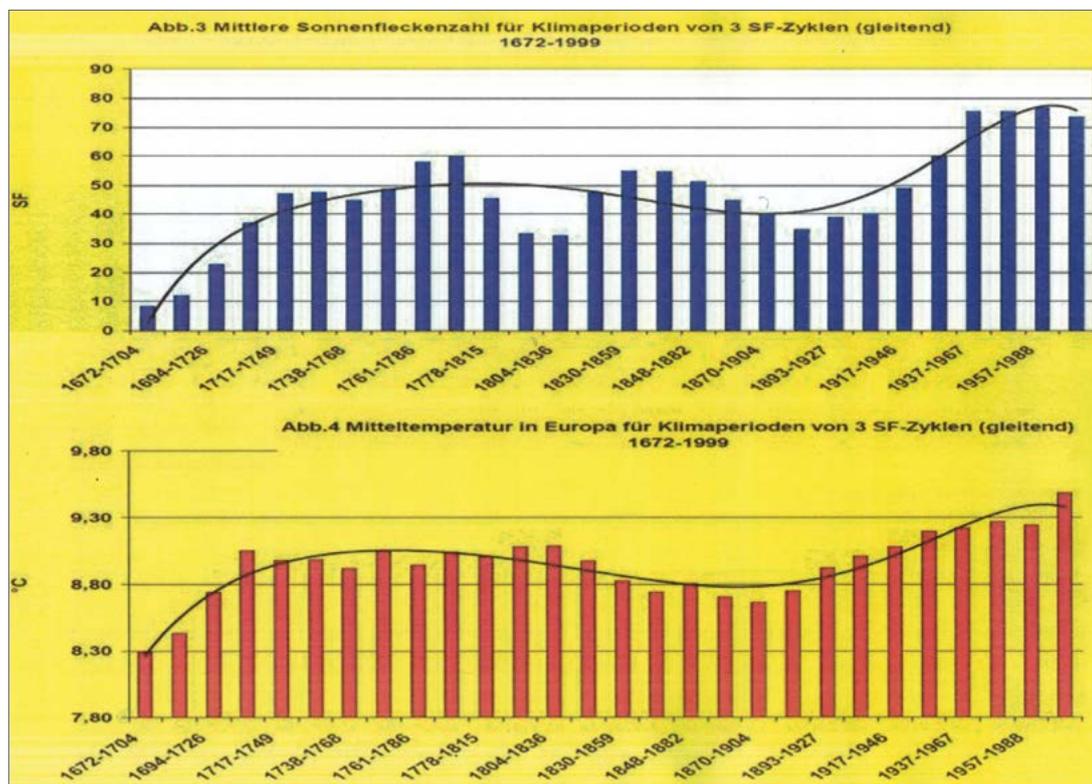


Abb. 2: Mittlere Sonnenfleckenanzahl (oben) und Mitteltemperatur in Europa (unten) von 1672–1999 (nach Malberg 2013)

CO₂-Gehalten auf. In den Zeiten der Erdgeschichte, in denen eine gute Parallelität zwischen Temperatur und CO₂-Konzentration herrschte (z.B. seit 450.000 Jahren) **folgten die CO₂-Konzentrationsänderungen stets mit starken Verzögerungen nach einer Temperaturänderung** (16, 17). Das lässt sich dadurch erklären, dass sich im warmen Wasser weniger CO₂ löst als in kaltem. Eine Erwärmung führt zur „Ausgasung“ des CO₂ aus den Ozeanen in die Atmosphäre, deren CO₂-Konzentration sich dadurch erhöht.

Zwischenfazit: CO₂ hat wegen seiner schwachen Heizwirkung und sehr niedrigen Konzentration keinen nachweisbaren, allenfalls einen sehr geringen Klimaeffekt. Auch für die heutige Erwärmung sind vorrangig natürliche Ursachen anzunehmen. **Der primäre Klimaantrieb kommt von der Sonne, deren Aktivität und Bestrahlungsstärke (entgegen der Behauptung von Rezo) seit 1700 deutlich zugenommen hat und in der 2. Hälfte des 20. Jh. im Maximum war und eine deutliche Korrelation zur Lufttemperatur aufweist** (Abb. 2). Berücksichtigt man die Wassermassen der Ozeane als mobile Wärmespeicher (90 % der Energie sind dort gespeichert) und Kopplungselemente zum Klima der unteren Atmosphäre, lassen sich bestehende Unterschiede zwischen Solaraktivität und Globaltemperatur erklären (vgl. bei 5).

4. Sind die Befürchtungen über vorrangig negative Folgen (Klimakatastrophe) berechtigt?

Derzeitig überwiegen zwar Schmelzprozesse, die aber schwächer sind als in römischer bzw. mittelalterlicher Zeit (Ausschmelzen von Baumstämmen (Zirben) aus zurückweichenden Gletschern in Österreich). Das Antarktis-Eis und die Gletscher in Alaska und Neuseeland wachsen Komma streichen (<http://nsidc.org/articseaicnews>). Die Himalajagletscher schmelzen langsamer als vom IPCC vorausgesagt. Der Meeresspiegel steigt heute 2–3 mm pro Jahr, also 20–30 cm in 100 Jahren, wahrscheinlich aber weniger. Es handelt sich um längerfristige Vorgänge, an die man sich anpassen kann. Nach Marotzke (34), einem der Leitautoren des IPCC-Berichtes 2013, würde selbst ein völliges Abschmelzen der Arktis nur einen Meeresspiegelanstieg von 7 m, verteilt auf ca. 3.000 Jahre bedeuten. Eine Versauerung („Übersäuerung“) der Ozeane tritt nicht auf: Der pH-Wert sank (nicht signifikant) von 8,12 auf 8,08 und liegt daher nach wie vor im alkalischen Bereich

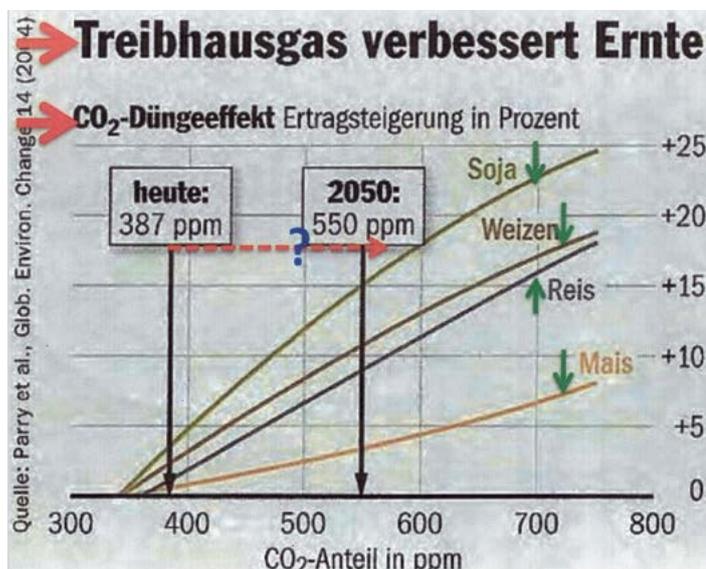


Abb. 3: Einfluss der CO₂-Konzentration auf den Ertrag (Parry et al. 2014)

(pH 7 ist neutral). Eine Absenkung ist auch nicht zu erwarten, da wärmeres Wasser weniger CO₂ (Kohlensäure) löst als kälteres. Nach Aussagen des IPCC (IPCC 2013, AR5, WGI, Kapitel 2, Seite 220, pdf-Seite 236, IPCC 2013, AR5, WGI, Technical Summary, Seite 50, pdf-Seite 66) gibt es (abweichend zu Rezos Behauptungen) keine gesicherte Zunahmen bei den jährlichen Zahlen von tropischen und außertropischen Stürmen, Hurrikans und Stark-Hurrikans. Das gilt auch für Dürren und Trockenheit im globalen Maßstab. Das Artensterben ist laut IPCC nicht von der Erwärmung abhängig. Die Biodiversität hatte keine signifikante Beziehung zur Erderwärmung. Auch die Eisbärenpopulation in Kanada ist entgegen aller Pressemeldungen von 5.000 (1950) auf 25.000 (2008) angewachsen, obwohl jährlich ca. 600–800 geschossen wurden (8, 11).

Nach Marotzke (34), einem Anhänger der AGW-Hypothese, **gibt es im Gegensatz zur Behauptung des Rezo-Videos keine belastbaren Anhaltspunkte, dass bei (zeitweiliger) Überschreitung des 1,5-Grad-Ziels ein Kippunkt erreicht wird, ab dem eine irreversible Erwärmungspirale eintritt.**

Interessanterweise entwickelten sich in **Warmzeiten die menschlichen Hochkulturen** (vgl. Abb.1), weil für die Lebewelt gute Bedingungen herrschten (Acker- und Weinbau im Norden, z.B. Grönland = Grünland, grüne Sahara). Kältezeiten waren dagegen durch Ernteeinbußen, Hungersnöte, Kältetote, Epidemien und Völkerwanderungen geprägt. Auch in der gegenwärtigen Wärmeperiode lassen sich positive Effekte beobachten. Niederschläge und Pflanzenwachstum haben seit 1982 in Wüstengebieten (9, 12) und das Baumwachstum in Europa (10) zugenommen. Das ist auch verständlich, denn CO₂ liefert nicht nur den entscheidenden Baustoff für alle Lebewesen, sondern im Zuge der CO₂-Assimilation wird gleichzeitig die Sonnenenergie für die Lebensprozesse nutzbar gemacht. Die heutige atmosphärische CO₂-Konzentration (0,04 %) ist nicht optimal für das Pflanzenwachstum, sondern eher ein Gehalt von 0,1 %. Nach neueren weltweiten Versuchsauswertungen könnten **durch CO₂-Verdopplung bis zu 35 % höhere Ernten** erzielt werden (12, 18, siehe auch Abb. 3). Eine höhere CO₂-Konzentration könnte also die Nahrungsmittelproduktion fördern und den Hunger in der Welt mildern. **CO₂ ist also kein „Schmutzgas“, sondern zusammen mit H₂O die Grundlage des irdischen Lebens.**

Zwischenfazit: Es gibt keine signifikanten Anzeichen für eine bevorstehende Klimakatastrophe mit verheerenden Folgen für die Menschheit und Ökosysteme. Selbst der letzte IPCC-Bericht AR5 (2013) räumt ein, dass zwischen der Erderwärmung einerseits und Artensterben, Biodiversität, Wetterextremereignissen u. a. keine verlässlichen Beziehungen bestehen. Die CO₂-Konzentrationserhöhung verursacht andererseits ein besseres Pflanzenwachstum (Düngeeffekt) und höhere Erträge und hat darum auch starke positive Wirkungen, die den Hunger in der Welt mildern könnten. Insgesamt ist die heutige Klimaerwärmung kein planetarer Notstand, sondern eine der (beherrschbaren) Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

5. Ist ein sofortiger, radikaler Umstieg von fossilen zu regenerativen Energieträgern angemessen, realistisch und nachhaltig?

Langfristig ist der Ausstieg aus der Verbrennung (und Verstromung) von fossilen Energieträgern (also auch der Braunkohle) zwar wünschenswert, weil fossile Rohstoffe noch lange Zeit für die stoffliche Verwertung benötigt werden und ihre Vorräte endlich sind. Nachwachsende Rohstoffe können die fossilen Träger bei der stofflichen Verwertung wegen ihrer Konkurrenz zur Nahrungs- und Futtermittelproduktion nicht

ersetzen. Teile des Braunkohlebergbaus müssten deshalb für diesen Zweck auch weiterhin vorgehalten werden.

Ein sofortiger Umstieg von der Kohle und anderen fossilen Energieträgern auf regenerative Energieträger ist dennoch unrealistisch und nicht angemessen, und zwar aus folgenden Gründen:

- a) Voraussetzung dafür sind ökonomisch und ökologisch nachhaltige Alternativen. Die gegenwärtig zur Verfügung stehenden und favorisierten erneuerbaren Energieträger (Wind, Fotovoltaik) sind dazu nicht geeignet, weil sie diskontinuierlich und nicht bedarfsgerecht anfallen, ökonomisch tragbare Speichermöglichkeiten großer Strommengen vorläufig nicht zur Verfügung stehen und ihr Anteil an der Primärenergieversorgung (also Strom, Wärme, Verkehr) derzeit nur 2,5 % (Akademieprojekt Systeme der Zukunft, 2018, S.10) beträgt. Bis zu einem Anteil von 100 % ist es also noch ein weiter Weg. Verschärft wird die Situation noch durch die beabsichtigte Forcierung der Elektromobilität. Wenn Wärme und Verkehr ebenfalls aus Strom erzeugt werden sollen, würde eine Dekarbonisierung von 90 % bis 2050 (also ein sehr gemäßigter Ansatz) eine Erhöhung des Strombedarfs um 1150 Terrawattstunden erfordern (25). „Die installierte Leistung an Windkraft und Fotovoltaik müsste in diesem Fall bei gleich bleibenden Energieverbrauch gegenüber heute versiebenfacht werden“ (Zitat aus der o. g. Akademiestudie). Es leuchtet deshalb ein, dass bei sofortigem Ausstieg aus der Kohleverstromung eine sichere Energieversorgung und erst recht die Grundlastfähigkeit nicht gegeben wäre. Deshalb sieht der Kohlebericht (Ausstieg 2038) ja auch einen Import von Erdgas vor. Hinzu kommen die enormen Widerstände in der betroffenen Bevölkerung gegen den Stromtrassenbau zum regionalen Ausgleich der „Ökostrom“-Bereitstellung. Außerdem sind die Windräder keineswegs ökologisch nachhaltig, wenn man beispielsweise die durch sie verursachte enorme Vogel-, Fledermaus-, Insekten dezimierung (vgl. 35, 36) und den hohen Energiebedarf zur ihrer Herstellung betrachtet.
- b) Wie oben gezeigt wurde, bestehen Zweifel an der Klimawirksamkeit des CO₂. Überdies fußt das AGW-Modell nicht auf plausiblen Ableitungen aus naturwissenschaftlichen Gesetzen und Resultaten. Eine reale Vorhersage des Klimas zu einem bestimmten Zeitpunkt ist daher nicht möglich, wie der IPCC 2001 selbst einräumte (Zitat): „Bei der Modellierung des Klimas sollten wir erkennen, dass wir es mit gekoppelten, nicht

linearen, chaotischen Systemen zu tun haben und dass daher langfristige Voraussagen über das künftige Klima nicht möglich sind“. Entsprechend oft hat sich der IPCC in seinen Prognosen auch geirrt (33). Man denke z.B. an die berühmte Hockey-schlägerkurve (39), die später zurückgezogen werden musste. Neuere Beispiele dafür sind die bisherige Unterschätzung der natürlichen Senkenfunktionen natürlicher Systeme für CO₂ (34) und die fehlerhafte Prognose des Temperaturanstiegs seit 2003. Aus Abb. 4 ist ersichtlich, dass die Globaltemperaturen trotz weltweit ungezügelter CO₂-Anstiegs weit weniger anstieg, als aus den Modellrechnungen erwartet worden war (siehe untere, mit Punkten versehene violette, stark gezackte Linie). Das **AGW-Modell** vom anthropogenen Klimawandel spiegelt die Realität unzureichend wider und ist als Handlungsgrundlage für politische Entscheidungen ungeeignet. Zumindest ist eine **grundsätzliche Überprüfung überfällig**.

- c) Selbst wenn man an die Klimasensivität des CO₂ glaubt, würde ein nationaler Alleingang Deutschlands den weltweiten CO₂-Ausstoß praktisch nicht senken, da derzeit global etwa 1.600 Kohlekraftwerke neu gebaut bzw. geplant werden. Eine Senkung des CO₂-Ausstoßes in Deutschland um 100 % – wie es *Fridays for Future* vorschwebt – würde pro Jahr ca. 3 Mrd. € kosten und 800 Mio. t CO₂ vermeiden. Das entspricht der Menge CO₂, die China jährlich zusätzlich ausstößt (26). Vorher würde es jedoch – auch wegen der geforderten CO₂-Steuern (160 Mrd. Euro pro Jahr) – sehr wahrscheinlich zum Zusammenbruch der deutschen Industrie und Energieversorgung kommen (26).
- d) Unter diesen Voraussetzungen würde der gleichzeitige Ausstieg aus der CO₂-freien Kernenergie und der Braunkohle-Verstromung die stabile Energieversorgung akut gefährden und die Strompreise stark ansteigen lassen. Energieintensive Unternehmen würden Deutschland verlassen. Die Versorgungslücken müssten durch Stromimporte (auch Atomstrom) und/oder Gasimporte ausgeglichen werden, was mit großen Belastungen/Gefährdungen (enorme Kosten für neue Gaskraftwerke, politische Abhängigkeit von instabilen Ländern, keine CO₂-Vermeidung) einhergeht. Insgesamt wird damit keine ökonomische oder ökologische Nachhaltigkeit erreicht. Überdies hat ein schneller Ausstieg aus der Braunkohle-Verstromung erhebliche Konsequenzen für die Wirtschaft. Er gefährdet hochwertige Industriearbeitsplätze im Bergbau, der Energiewirtschaft, der chemischen Industrie und in den damit

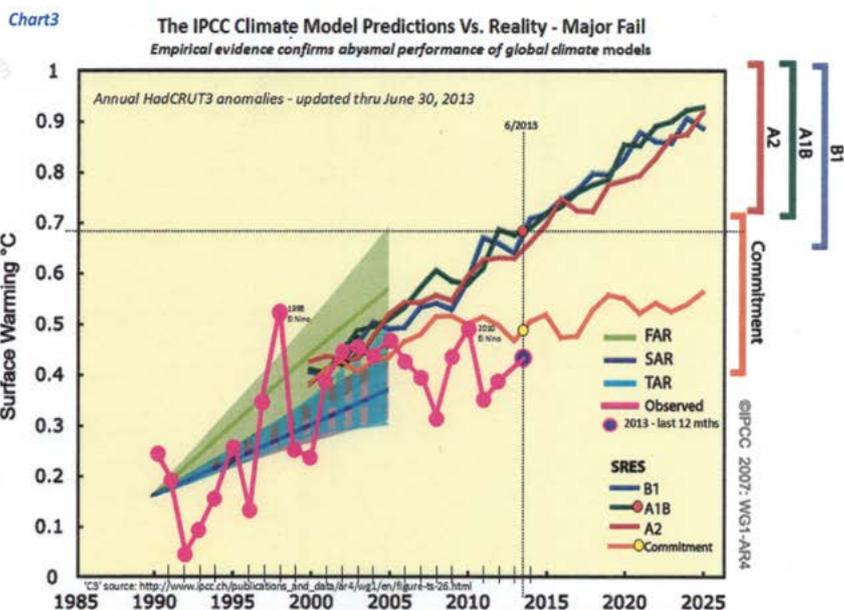


Abb. 4: Die Vorhersagen des IPCC (Berichte 1-4) für die Erwärmung der Erdoberfläche bis zum Jahr 2025 im Vergleich mit der tatsächlich gemessenen Erwärmung. Die blauen, grünen und rotbraunen Linien zeigen die voraussichtliche Entwicklung ohne wesentliche Begrenzung der CO₂-Emissionen lt. IPCC. Die orange Linie zeigt die Erwärmung unter der Voraussetzung, dass die CO₂-Emissionen auf den Stand von 2000 eingefroren werden (was aber bekanntlich nicht erfolgt ist). Die purpurfarbene Linie gibt die tatsächlich beobachtete Entwicklung bis 2013 wieder (Temperaturdaten von HadCRU).

verbundenen Bereichen des Mittelstandes und Handwerks und bedeutet einen massiven Strukturwandel und kann auch durch Infrastrukturförderung nicht ausgeglichen werden. Der im Rezo-Video als marginal empfundene Arbeitsplatzverlust von insgesamt 20.000 zeugt von **ökonomischer Inkompetenz**, denn nach vorsichtigen Schätzungen werden für die Lausitz und das mitteldeutsche Revier (einschließlich der Folgebeiriche) jeweils mindestens 40.000 wegfallende Arbeitsplätze geschätzt. Nicht zuletzt wird der Energieumstieg enorme Kosten verursachen. Schon die Realisierung des Planes der Kohlekommission würde nach Hecking et al. (40) den Strompreis auf 0,52 € pro kWh verteuern. Folgt man *Fridays for future*, bis 2035 ausschließlich erneuerbare Energiequellen zu nutzen, so würde das 640 EUR pro Haushalt und Monat kosten, ohne dass global auch nur eine Tonne Kohlendioxid vermieden würde (25).

Zwischenfazit: Ein schneller Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energiequellen würde enorme Kosten verursachen, die Industrie, Vollbeschäftigung und die Energieversorgung in Deutschland gefährden und hätte keinen messbaren Effekt auf Klima oder Umwelt. Die überstürzte Milliardenförderung diskontinuierlich anfallender erneuerbarer Energiequellen (Wind, Fotovoltaik) in Deutschland sollte überdacht werden (21), da sie weder ökonomisch nachhaltig ist noch weltweit Lösungen bringt. Sie ist auch nicht erforderlich, weil nach Angaben von Marotzke (34) (einer der Leitautoren des IPCC) die **natürlichen CO₂-Senken weitaus mehr speichern als gedacht, also das verbleibende CO₂-Budget für das 1,5 Grad-Ziel doppelt so hoch ist, wie man bisher glaubte**. Auch hier irrt sich Rezo. **Vielmehr muss dringend und vorrangig in die Forschung und Entwicklung neuartiger Stromerzeugungs- und Speicherungssysteme investiert werden, um so die Voraussetzungen für einen sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltigen Ausstieg aus fossilen Energieträgern zu schaffen.**

6. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Der **derzeitige Klimawandel** fußt auf natürlichen Ursachen, lässt sich durch den Menschen nicht verhindern und hat mit CO₂ wenig zu tun. Er stellt keinen planetaren Notstand dar, wohl aber eine **(lösbare) Herausforderung** für die Menschheit. Eine Verringerung der atmosphärischen CO₂-Konzentration ist nicht nur überflüssig, sondern auch sehr teuer (3, 12) und negativ für das Pflanzenwachstum. Sie sollte unterlassen werden. Die überstürzte Milliardenförderung diskontinuierlich anfallender erneuerbarer Energiequellen (Wind, Fotovoltaik) in Deutschland sollte überdacht werden (21), da sie weder ökonomisch nachhaltig ist, noch weltweit Lösungen bringt, wie auch folgendes Zitat von J. Hanson (Klimaberater von Al Gore) verdeutlicht (Zitat nach 3): „Wer glaubt, dass wir uns in den USA, in China, Indien oder auf der ganzen Welt dank erneuerbarer Energien kurzfristig von fossilen Brennstoffen verabschieden können, der glaubt auch an den Osterhasen und die Waldfee“. Statt ausufernder Subventionierung nicht ausgereifter Technologien sollte die Erforschung/Entwicklung neuer Energiesysteme (z.B. Stromspeicherung, Kernfusion, Brennstoffzellentechnologie) finanziell viel stärker gefördert werden (3). Notwendig ist die **Anpassung an die Folgen des Klimawandels** (z.B. durch Deiche, Wasserspeicher, Pflanzenzüchtung), wie selbst die Präambel des Pariser Klimaabkommens (2015) ansatzweise einräumt (20, 21). Dafür ist die **erfolgreiche ökonomische und soziale Entwicklung** vor allem der Entwicklungs- und Schwellenländer eine

Grundvoraussetzung. Angesichts der stark wachsenden **Weltbevölkerung** ergeben sich daraus die **wirklich relevanten Handlungsfelder:** Sicherung erschwingbarer Nahrungs-, Strom- und Brennstoffversorgung, Zugang zu sauberem Trinkwasser, Seuchenbekämpfung, Gesundheitsbetreuung und Bildung (3). Statt das Geld für die „Dekarbonisierung“ zu verschwenden, sollte es für die Entwicklungshilfe (Hilfe zur Selbsthilfe) ausgegeben werden. Dadurch ließen sich die ökonomischen Grundlagen schaffen, die vor der Menschheit stehenden Probleme, von denen Klimawandel-Anpassung nur eines ist, in abgewogener Weise zu lösen.

Quellenangaben

- (1) vgl. Sachstandsberichte AR 4 (2007) und AR 5 (2013/14) des IPCC
- (2) vgl. H. J. Schellnhuber: Dann hausen wir in Mondstationen. *Der Spiegel* 45/2015, 125–127
- (3) B. Lomborg: *Deutschlands gescheiterte Klimapolitik*. FAZ 15. 5. 2015
- (4) F. Vahrenhold, S. Lüning: *Die kalte Sonne. Warum die Klimakatastrophe nicht stattfindet*. Hoffmann u. Campe 2012
- (5) K. P. Dahm, D. Laves, W. Merbach: *Der heutige Klimawandel. Eine kritische Analyse des Modells von der menschlich verursachten globalen Erwärmung*. Verlag Dr. Köster, Berlin 2015
- (6) <http://klimazwieback.wordpress.com/agw-these> AGW-These unter der Lupe.
- (7) <http://nsidc.org/arcticseaicenews> (National Snow and Ice Data Center der USA)
- (8) G. Ganteför: *Klima – Der Weltuntergang findet nicht statt*. Wiley VCH Weinheim 2012
- (9) R. J. Donohue: *Geophysical Res. Letters* 40 (2013), 1–5, doi: 10.1002/grl.50563
- (10) H. Pretsch et al.: *Nat. Comm.* 5: 4967, doi:10.1038/ncomms5967 (2014)
- (11) B. Lomborg: *Cool it. Warum wir trotz Klimawandels einen kühlen Kopf behalten sollten*. Dt. Verlagsanstalt 2008
- (12) O. Opitz, C. Pantle: *Gipfel des Klimawahns*. Fokus 49/2015, 36–38
- (13) M. Krüger: *Ein Exkurs zur aktuell gemessenen Klimasensitivität und absoluten Globaltemperatur*. www.science-skeptical.de
- (14) R. S. Lindzen, Y. S. Choi: *Asia-pacific J. Atmosph. Sci.* 4 (2011), 377–390
- (15) vgl. z.B. D. Archibald (2010) bzw. W. Eschenbach (2006), zit. in <http://klimazwieback.wordpress.com/agw-these> (Anhang)
- (16) O. Hummlun, K. Stordahl, J. E. Solheim: *Global Planetary Change* 100 (2013), 51–69
- (17) E. Monnin et al: *Science* 29 (2001), 112–114
- (18) L. H. Ziska, J. A. Bunce: *New Phytol.* 175 (2007), 607–618, und L. Wang et al.: *Agric. Ecosyst. Environment* 178 (2013), 57–63
- (19) F. K. Ewert: *Inventur nach Kopenhagen: Bad Triburg 2009, unveröffentlicht*
- (20) Heller, P.: *Realpolitik statt Utopien: Das Pariser Klimaabkommen*. www.science-skeptical.de 21.12.2015
- (21) M. Miersch: *Abkühlung beim Klimarat*. Fokus 15/2014, 94
- (22) K. E. Trenberth, J. T. Fassulo, J. Kiehl: *Bull. Am. Meteor. Soc.* 90 (2009), 311–323
- (23) *EKD-Studie 2015*
- (24) *Rezzo Die Zerstörung der CDU*, Video Youtub 2019
- (25) F. Vahrenhold, *Weltwoche* 20 (2019)
- (26) *Klarsicht-Information für politische Entscheidungsträger Nr. 1 (Juni 2019)*
- (27) *Der 97-Prozent-Mythos*, *Weltwoche* 21.3.2019
- (28) *Bild* 25.10.2018
- (29) Kehl, H. (2008): *Das zyklische Auftreten von Optima und Pessima im Holozän*. <http://lv-twkw.oekosys.tu-berlin.de/project/lv-twkw/002-holozaene-optima-und-pessima.htm>
- (30) Schönwiese, D. E. (1995): *Klimaänderungen*, Springer Berlin, Heidelberg
- (31) Mahlberg, H. (2013), <http://www.kaltsonne.de/fakten-zum-klimawandel-seit-der-kleinen-eiszeit>
- (32) Parry et al., *Glob. Environm. Changes* 14(2014)
- (33) Kirchstein, W.: *Ist der Klimawandel menschengemacht?* <http://ruhrkultour.de/ist-der-klimawandel-menschengemacht-ganz-klar-nein-sagen-wissenschaftler/> Youtube 24.6.2016
- (34) Marotzke, J.: *Galgenfrist verlängert*. *Spiegel* 6. 10.2018, S. 111
- (35) Trieb, F. et al: *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 68 (2018) Heft 11
- (36) Schulze, E., Merbach, W.: *Nachhaltiger Landwirtschaft mit technischem Fortschritt*, Verlag Dr. Köster Berlin 2018
- (37) W. Weimer: *Schöpfung bewahren-unideologisch*. *Pro/Christliches Medienmagazin* 4/2015, S.21
- (38) K.P.Dahm: *Vom Klimawandel zur Energiewende*, Verlag Dr. Köster Berlin 2016
- (39) H.E.Mann: *Northern hemisphere temperatures during past millennium*. *Geophysical Res. Letters* 26, 759–762 (1999)
- (40) H. Hecking et al.: *Ewi – Energy Research Scenarios GmbH* 9.5.2016



Prof. Dr. Wolfgang Merbach

ist Agrarwissenschaftler, war Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät der MLU Halle-Wittenberg und ist Mitglied im EAK-Bundesvorstand.

Thesen und Anmerkungen zum Rezo-Video „Die Zerstörung der CDU“

Das Video von Rezo trägt erheblich zur Verrohung des deutschen Wahlkampfes bei.

Was in anderen Ländern längst Alltag ist und was uns die USA besonders unangenehm vor Augen geführt haben, nämlich Wahlkampf als Beschimpfung und moralische Infragestellung des politischen Gegners, hat Rezo nicht erfunden, aber für Deutschland auf ein neues „Niveau“ der scheinbaren Selbstverständlichkeit gehoben. Wer diese Verrohung verhindern will, muss intensiv über das Rezo-Video diskutieren.

Der in dieser Sache sicher unverdächtige „SPIEGEL“ legte in einem Faktencheck eine lange Liste von falschen Aussagen vor und findet „zu viel Angriffsfläche und zu viele belegbare Faktenfehler“¹. Trump hat zwar gezeigt, dass man mit oder wenigstens trotz Fake-News Wahlen gewinnen kann, aber keine demokratische Partei sollte über die Entwicklung für Deutschland erfreut sein, auch wenn sie momentan zufällig davon profitiert.

Wenn Populismus beinhaltet, dass irgendjemand behauptet, in Wahrheit für alle oder für die schweigende Mehrheit – hier also: „die“ Jugend – zu sprechen, dann ist das Video von Rezo populistisch.

Dies gilt umso mehr für die anschließende Kampagne und die Medienberichterstattung. Denn selbst wenn man einmal davon ausgeht, dass Rezo für das Drittel der Jungwähler spricht, die eine Woche später die Partei der Grünen gewählt haben, spricht er nicht für die anderen zwei Drittel. Diese anderen erwähnt Rezo aber nur als Negativfolie.

Rezos Video ist populistisch, wenn zum Populismus gehört, einfache Lösungen für komplexe Probleme anzubieten.

Hier werden die Probleme dadurch gelöst, bestimmte Parteien nicht zu wählen. Ob die zu wählende Partei selbst nicht nur Ziele hat, sondern auch gangbare Lösungen, wird ausgeblendet. Die hochkomplexe Frage, wie der Klimawandel aufzuhalten ist, wird auf das Kreuz am Wahltag reduziert.

Ganz am Ende wird mit fast religiöser Überhöhung eine Alternative aufgestellt: Entweder man kann durch das richtige Kreuz am Wahltag in einigen Jahren aufrecht und guten Gewissens sagen, man habe sich für die Rettung der Welt eingesetzt, oder man war an der Zerstörung der Welt mit schuld. Das ist Populismus pur.

Alle Forscher, die untersuchen, wie Demokratien zerstört werden, sehen als ein zentrales Element an, dass populistische Parteien anderen demokratischen Parteien die Existenzberechtigung absprechen und diese für alle Probleme des Landes verantwortlich machen.

Der Titel „Die Zerstörung der CDU“ bringt unmissverständlich zum Ausdruck, dass dies Video ebenso in diese Reihe gehört, wie etwa Donald Trump, der seinen zweiten Wahlkampf mit der Behauptung eröffnet hat, die Demokraten wollten die USA zerstören und jeder, der sie wähle, habe eine Mitschuld, wenn die USA zerstört würden. Die CDU zerstört angeblich „unser Leben und unsere Zukunft“, so spricht man in einer Demokratie nicht über Mitbewerber, wenn man die Demokratie erhalten will.



Rezo ist kein Jugendlicher, sondern ein Erwachsener, der im Guten wie im Schlechten wie jeder andere am politischen Betrieb Beteiligte, jeder andere Geschäftsmann und jeder andere Medienschaffende zu beurteilen ist.

Ein 26-Jähriger mit gewaltigen Werbeeinnahmen und einer eigenen Modemarke, der von der Zerstörung einer Partei spricht, ist sicher kein aufgeregter Teenager, dem man Dinge zugesteht, die man sonst Erwachsenen nicht zugesteht. Keiner produziert ein derartig professionell gemachtes, aufwendiges Video eine Woche vor der Europa-Wahl aus einer Augenblicksempörung heraus. Er ist entweder selbst langfristig planender Profi oder hat sich die Kampagne von seiner Werbefirma oder anderen entwerfen lassen. Nach Hintergründen zu fragen, hat nichts mit Verboten zu tun. Das Video ist natürlich – rechtlich gesehen – kein direkter Wahlkampf. Wenn aber im Grunde genommen eine verkappte Wahlempfehlung für die Partei der Grünen damit gekoppelt ist, die CDU zu zerstören und mehrere im Bundestag vertretene Parteien nicht zu wählen, das alles obendrein noch unterstützt von weiteren 90 Bloggern bzw. „Influencern“, besteht durchaus ein berechtigtes öffentliches Interesse, die weiteren Hintergründe etwas genauer zu beleuchten. Wäre es z.B. umgekehrt gewesen und ein Video „Die Zerstörung der Grünen“ enthielte eine implizite Wahlempfehlung für die CDU, würden die Medien wohl intensiv nach den Hintergründen forschen, ein großes öffentliches Interesse geltend machen und auch sonst anders reagieren.

Nur ein Beispiel für weiteren Aufklärungsbedarf: Es kann schon stutzig machen, dass das ursprüngliche Impressum des Youtube-Kanals „Tube One Networks GmbH“ als verantwortlich im Sinne des Presserechtes ausgewies, Rezo aber gar nicht erwähnt worden ist. Erst seit kurzem wurde das Impressum ergänzt, jetzt steht vorneweg „Rezo c/o“.² Tube One gehört zur STRÖER Content Group, Köln, die mit 12.000 Mitarbeitern einen Umsatz von 1,6 Milliarden erwirtschaftet. Dazu gehört auch die Plattform *t-online.de*, die Rezo fortlaufend als Helden gefeiert hat.

Nur Blogger können Bloggern Paroli bieten.

Wir brauchen dringend dieselbe politische Breitendebatte unter Bloggern wie in anderen Bereichen der Gesellschaft.

Prof. Dr. Thomas Schirrmacher

¹ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/rezo-video-die-youtube-angriffe-auf-die-cdu-im-spiegel-faktencheck-a-1268973.html> (25.06.2019)

² <https://www.youtube.com/channel/UCvU1c8D5n1Rue3NFRu0pJ5w/about> (25.06.2019)



Gibt es eine Zukunft für Christen und religiöse Minderheiten im Irak?

Philipp W. Hildmann, David Müller

„Wir sind sehr dankbar für all die humanitäre Hilfe, die wir bekommen. Um in den Irak zurückzukehren bzw. dort zu bleiben, brauchen wir aber Sicherheit und Arbeitsmöglichkeiten. Wer kümmert sich denn um eine Zukunft für Christen, Jesiden und religiöse Minderheiten im Irak?“ Dieser Satz begegnet uns bei unserer gemeinsamen Reise in den Nord-Irak im Herbst 2018 immer wieder.

Die heutige Ninive-Ebene hat eine jahrtausendalte Tradition: Bereits auf den ersten Seiten wird in der Bibel über die Gründung der Stadt Ninive durch Nimrod berichtet. Vor über 5.000 Jahren war hier die mesopotamische Hochkultur zuhause. Vor ca. 2500 Jahren führten die Aktivitäten des Propheten Jona dort zu einer Erneuerung des Glaubens. In Alqosh lebte außerdem der alttestamentliche Prophet Nahum, dessen Grab noch heute besucht werden kann. 363 n. Chr. wurde Mar Mattei erbaut, das heute noch eines der ältesten existierenden christlichen Klöster der Welt ist. Trotz Eroberung des Landes im 7. Jahrhundert nach Christus durch Muslime, sind hier die Mehrheit der Bewohner nach wie vor Christen und Jesiden.

Wie die Sintflut waren die Todesschwadronen der Terrormiliz „Islamischer Staat“ 2014 über diese Weltgegend hereingebro-

chen und hatten unvorstellbare Gräueltaten an all denjenigen verübt, die nicht bereit waren, sich ihrer radikalen Auslegung des Islam zu beugen. Für Angehörige der uralten Glaubensgemeinschaft der Jesiden, deren Wurzeln hinter das 12. Jahrhundert zurückreichen, gab es als vermeintliche Teufelsanbeter grundsätzlich kein Pardon. In wenigen Wochen fielen den Islamisten über 5.000 Männer und Jungen zum Opfer. Über 400.000 Jesiden wurden aus ihrer Heimat vertrieben, mehr als 7.000 ihrer Frauen und Kinder wurden verschleppt und sind zum Teil bis heute verschollen. Auch den Christen erging es wenig besser. Mit grüner Farbe wurden ihre Häuser systematisch von muslimischen Nachbarn für die heranrückenden IS-Milizen markiert. Die Zeichen besagten: „Hier wohnen Christen. Plündern und Vergewaltigen erwünscht.“ Wer fliehen konnte, der floh. Wer es nicht schaffte, erlitt genau dieses Schicksal und wurde nicht selten ermordet. Von den knapp 60.000 Einwohnern al-Hamdaniyas, der einstmaligen größten christlichen Stadt des Landes, überlebten gerade einmal 80 Christen die IS-Besatzung in der Stadt. Der Rest war geflohen oder ermordet.

Bei unserer Reise treffen wir viele unterschiedliche Menschen: Erzbischöfe, Parlamentsabgeordnete, Mitarbeiter aus

Ministerien und Hilfswerken, Bürgermeister, lokale Priester, Unternehmer und viele ganz normale Menschen. Sie bringen uns große Offenheit, Wertschätzung und Dankbarkeit entgegen, dass wir in ihr Land kommen und uns ein eigenes Bild vor Ort mache. Es gibt eine große Vielzahl an humanitärer Hilfe, aber nur wenige setzen sich für eine langfristig-politische Perspektive für die Christen und religiösen Minderheiten ein.

In Bashiqa etwa, einer kleinen Stadt nahe Mossul, haben die dortigen Christen ihre verwüstete Kirche selbst wieder aufgebaut. Bruder Daniel zeigt uns die zahlreichen Einschusslöcher über seinem Altarraum, in den Kreuzornamenten und Gedenktafeln, die man zur Erinnerung für und Mahnung an die Nachkommenden belassen habe, wie er erklärt. Obwohl der IS die Olivenhaine rund um den Ort abgebrannt habe, um die Lebensgrundlage der Menschen dauerhaft zu zerstören, seien bis heute schon zwei Drittel der Familien wieder zurückgekehrt. Das Zusammenleben von Christen, Jesiden und Muslimen sei allerdings extrem schwierig geworden. Nach dem Erlebten sei es nahezu unmöglich, neues Vertrauen aufzubauen.

Der Wiederaufbau von Infrastruktur ohne Sicherheit für das (Über-)Leben ist jedoch keine echte Perspektive. Die Christen und religiösen Minderheiten befürchten, erneut Opfer von innermuslimischen Auseinandersetzungen zu werden. Der schiitische Iran übt einen großen Einfluss aus, Saudi-Arabien unterstützt die Sunniten und die Türkei bekämpft im Norden immer wieder die Kurden. Auch wenn der IS formell besiegt ist, so ist doch dessen Denken in vielen Regionen noch weit verbreitet. Die Unruhen im Süden Iraks, die am Ende unserer Reise ausgebrochen sind, zeigen, wie schnell die Situation eskalieren kann. Es herrscht die große Angst vor einem erneuten Erstarken von muslimischen Extremisten, die ganz schnell wieder zum Kampf aufrufen könnten. Dann würde sich alles wiederholen.

Diese Gedanken begegnen uns auch einige Kilometer weiter in al-Hamdaniya. Wir stehen in der ausgebrannten Kirche Al-Tahira Al-Kubra, deren Bilder um die Welt gingen und traurige Berühmtheit erlangt haben. Die Innenwände ragen noch immer schwarz verrußt in die Höhe. Sie sind von Einschusslöchern übersät. Aber auch hier haben Renovierungsarbeiten begonnen. Hammerschläge hallen durch das Kirchenschiff. Am Altar leuchtet ein frisch geputztes Tabernakel fast unwirklich aus der umliegenden Asche. Nach der Befreiung im Oktober 2016 sind inzwischen rund 21.000 Flüchtlinge wieder in ihre zerstörte Stadt zurückgekehrt. Der physische Wiederaufbau hat begonnen. Aber auch hier liegen die Wunden tiefer. Bruder Amar empfängt uns im angrenzenden Bischofssitz. Wie tief die Zäsur der IS-Herrschaft ist, verdeutlicht er uns am Beispiel seines Vaters. Dieser habe sein Leben lang als Lehrer in den überwiegend muslimischen Dörfern gearbeitet. Ab 2014 habe er erleben müssen, dass seine eigenen Schüler sich zunehmend gegen ihn, den christlichen Lehrer, gewandt und einige von ihnen sogar Führungspositionen bei der IS-Terrormiliz übernommen hätten. Hier wie andernorts ist es die offensichtlich mangelnde Bereitschaft der Muslime, sich zu begangenem oder zugelassenem Unrecht zu bekennen, was einen Aussöhnungsprozess in den Augen der Christen massiv behindert. „Es wird viel Zeit brauchen“, meint Bruder Amar mit einem tiefen Seufzer, „diese Probleme zu lösen.“

Bedrückt brechen wir auf. Halten in der Ruinenstadt aber noch beim Zuckerbäcker von al-Hamdaniya. Früher hat er zahllose Torten gebacken für alle christlichen Feste in dieser pulsierenden Stadt. Dann hat der IS bei seinem Einmarsch alles zerstört. Jetzt bäckt er wieder. In einem kleinen, provisorischen Hinterhofladen. Kekse und Torten türmen sich. Taufen, Hochzeiten, man sieht die Aufschriften auf den liebevoll gestalteten

Süßwaren. Der Zuckerbäcker von al-Hamdaniya. Ein süßes Zeichen der Hoffnung.

Der Alltag der Christen im Land ist nach wie vor von großer Perspektivlosigkeit geprägt. Während einerseits viele Vertriebene zurück in ihre jahrtausendalte Heimat wollen, erleben die Zurückgekehrten eine dramatisch schlechte Situation. Die Internationale Organisation für Migration berichtet in ihrem Report vom 28. Februar 2019, dass es im Irak „nur noch“ 1,75 Millionen Binnenvertriebene gäbe. Doch verlangsamt sich die Rückkehr, da man vor Ort folgenden signifikanten Herausforderungen gegenüberstehe: Mangelnder Zugang zu Beschäftigung und Möglichkeiten, den eignen Lebensunterhalt zu sichern, gefolgt von der fehlenden Möglichkeit, die erlittenen Menschenrechtsverletzungen aufzuarbeiten sowie der Mangel an Sicherheit und Bewegungsfreiheit.

Es vereinfacht die Situation auch nicht, dass sich viele Fragen der ethnischen Minderheiten mit der Situation der religiösen Minderheiten überschneiden. Armenische oder assyrische Volksgruppen beispielsweise gehören gleichzeitig auch zur christlichen Minderheit. Erschwerend kommt hinzu, dass diese verschiedenen Kirchen angehören, wie z.B. der chaldäisch-katholischen Kirche, der assyrischen Kirche des Ostens, der syrisch-orthodoxen Kirche von Antiochien, der syrisch-katholischen Kirche, der armenischen apostolischen Kirche oder der armenisch-katholischen Kirche sowie jüngeren evangelisch geprägten Gemeinden.

„Es gibt eine große Vielzahl an humanitärer Hilfe, aber nur wenige setzen sich für eine langfristig-politische Perspektive für die Christen und religiösen Minderheiten ein.“

nischen apostolischen Kirche oder der armenisch-katholischen Kirche sowie jüngeren evangelisch geprägten Gemeinden.

In der Stadt Dohuk außerhalb der zerstörten Gebiete treffen wir den Direktor der christlichen Hilfsorganisation CAPNI, Emanuel Youkhana. Er

organisiert Programme zum Wiederaufbau zerstörter Dörfer, Existenzgründungen, Gesundheitsprojekte und vieles mehr. Ein beeindruckender Fels der Zuversicht. Auch wenn die Zahl der Christen in den letzten Jahren auf nur noch drei Prozent der Gesamtbevölkerung zurückgegangen sei, meint er, seien gerade die Christen für den Irak von immenser Bedeutung. Das Christentum existiere hier seit fast 2.000 Jahren und habe in dieser ganzen Zeit einen gesellschaftlichen Mehrwert geliefert. In Zukunft würden wir Christen nun noch mehr gebraucht. „Während viele andere Mauern bauen, kann die Kirche Brücken bauen. Während viele Hass predigen, kann die Kirche Frieden und Liebe predigen.“ Trotz ihrer geringen Zahl müssten die Christen in der Gesellschaft deshalb wieder präsenter werden. Vor dem Krieg hätten sie die besten Schulen und die besten Krankenhäuser angeboten – und zwar für alle, nicht nur für Christen. Diese Institutionen müssten nun wiederaufgebaut werden. „Wir haben viel zu tun und viel zu geben. Wir sind Kinder der Hoffnung!“

Auf der Suche nach Antworten, wie eine langfristige Hilfe aussehen könnte, treffen wir auch verschiedene Parlamentsabgeordnete. Wir fragen immer wieder, wie denn ein sinnvoller Einsatz aussehen müsse, der die territoriale Integrität sowie die politische Selbständigkeit des Irak nicht verletze. Trotz, oder gerade wegen der erlittenen Verfolgung und Diskriminierung ist es für die Christen wichtig, ihre Symbolik auch in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Davon zeugt das demonstrative Aufrichten von Kreuzen, die Wiederherstellung von Kirchen und die öffentliche Durchführung von Gottesdiensten. Deshalb ist die Unterstützung dafür richtig und auch stark vorhanden. Außerdem spielen die aktuellen Lehrpläne eine wichtige Rolle: Die Zeit der Hochkulturen Mesopotamiens, in der auch die christlichen



Kirchen ihre Wurzeln haben, wird komplett ignoriert. Die Geschichte Iraks beginnt in den Schulbüchern erst mit dem Auftreten des Islams lange später. Ein irakischer Schüler bekommt während seiner Schullaufbahn kein einziges Wort über Christen, Juden, Jesiden oder Mandäer zu hören. Auch wir Europäer nehmen den Irak meist als muslimisches Land wahr und haben diese ursprünglichen Wurzeln vergessen. Wir müssen deshalb im Irak und bei uns dafür sorgen, dass diese historischen Tatsachen wieder wahrnehmbar vermittelt werden. Außerdem gibt es noch viele Menschenrechtsverletzungen, gegen die wir nachdrücklicher das Wort erheben müssen. Hier ein paar Beispiele:

- Islamisierung von Minderjährigen: Ist ein Elternteil Muslim oder konvertiert zum muslimischen Glauben, werden die minderjährigen Kinder automatisch Muslime. Eine freie Wahl ab der Volljährigkeit, die auch kein Widerspruch zur Scharia wäre, wird vom Staat abgelehnt.
- In vielen Orten in der Region Kurdistan-Irak erleiden Christen keine Verfolgung. Doch das Rechtssystem behandelt sie überwiegend als Menschen zweiter Klasse.
- In der Verfassung werden die verschiedenen Minderheiten nur teilweise anerkannt.
- Eine Strafverfolgung von ehemaligen IS-Mitgliedern findet nur schleppend statt.

Der Irak befindet sich in einer kritischen Übergangsphase. Die Regierung ist schwach, und die verschiedenen Anti-IS-Kämpfer versuchen nun, ihre eigene Machtstellung auszubauen. Auch die verschiedenen Bevölkerungsgruppen fordern primär ihre eigenen Rechte ein. Das zerstörte Vertrauen untereinander führt zu einer großen Zerrissenheit und oft mehr Gegen- als Miteinander. Es ist jetzt wichtig, die Voraussetzungen für den Wiederaufbau des Landes und die Rückkehr der Zivilbevölkerung in die teils stark zerstörten Städte zu schaffen. Es wird viel humanitäre Hilfe geleistet, die jedoch den aktuell benötigten Bedarf nicht deckt. Die Unterstützung der irakischen Verwaltung und der Sicherheitskräfte ist noch sehr ausbaufähig und benötigt starke Partner.

Geflüchtete im Aus- und Inland sowie die Bewohner der zerstörten Gebiete brauchen nun sichtbare Zeichen der Anteilnahme und konkreten Unterstützung. Sollte es in naher Zukunft nicht gelingen, das Land zu stabilisieren, die Sicherheitslage und das Sicherheitsgefühl zu verbessern, Infrastruktur und Arbeitsplätze zu schaffen, werden weitere Flüchtlingsströme Richtung Westen aufbrechen – mit verheerenden Folgen für die Region und einer unausweichlichen Verschärfung der Situation in Deutschland und Europa. Das daraus wachsende neuerliche Elend sollten wir nicht tatenlos abwarten!



Dr. Philipp W. Hildmann

ist Leiter für Strategieentwicklung und Grundsatzfragen der Hanns-Seidel-Stiftung in München.



David Müller

ist Landesvorsitzender des EAK in Baden-Württemberg und Mitglied im EAK-Bundesvorstand.



GRUNDGESETZ für die Bundesrepublik Deutschland

Wieviel Religion braucht unser Land?

Volkskirchen und Volksparteien auf der Suche nach ihrer Identität

Klaus Baschang

Ausgerechnet in unserer überaus fortschrittlichen Zeit wird plötzlich die Religionsfrage virulent. Wir können auf die Rückseite des Mondes schauen, die Digitalisierung kann die ganze Menschheit miteinander vernetzen, weltweit steigt die Zahl der Studierenden an Hochschulen – und zugleich kommt die Frage hoch: Wächst nunmehr der Bedarf an Religion oder die Angst vor ihr? Diese Frage ist nicht nur theoretischer Art. Sie ist mit Alltagserfahrungen verbunden: Migration aus fremden Kulturen, Arbeitsplätze im Ausland, Auflösung familiärer Verbindungen, Globalisierung in den Medien und im Tourismus, in Wirtschaft und Politik. Können die damit verbundenen Krisen durch die Religionen gemindert werden oder kommt mit den Religionen der Streit um die Wahrheit auf, sodass man sie eigentlich endlich verbieten müsste?

Grundgesetz Artikel 4 Glaubens- und Gewissensfreiheit

Die persönliche Einstellung zu einer Religion mag eine Gefühlssache sein. Über ihre öffentliche Stellung dürfen aber nicht Gefühle entscheiden, sondern nur das Recht.

Das Grundgesetz erhebt die Religionsfrage sogar zu einem Verfassungsrecht. GG Art 4 (1) Die Freiheit des Glaubens, des

Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. GG Art 4 (2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet. Diese Schutzbestimmungen stützen den Artikel 1 des Grundgesetzes: Die Würde des Menschen ist unantastbar und den Artikel 2: Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Die Grundrechte in den Artikeln 1 bis 19 stützen sich gegenseitig und weisen auch den Staat in seine Schranken, was nach den Erfahrungen der NS-Zeit absolut plausibel ist.

Auf der Grundlage der Verfassung hat sich eine Zuordnung von Politik und Glaube ausgebildet, die bewahrt werden muss, weil sie sich bewährt hat. Der Staat kümmert sich um die äußeren Ordnungen des Lebens. Die Religionsgemeinschaften kümmern sich um die Gewissen ihrer Mitglieder, also um innere Voraussetzungen für ein verantwortliches Leben. Der Staat braucht gewissenhafte Menschen, auf die Verlass ist. Die Religionsgemeinschaften brauchen zuverlässige äußere Ordnungen, in denen sie ihre Aufgaben wahrnehmen können. Beide Seiten sind also genau zu unterscheiden, aber nicht zu trennen. Jesus selbst sagt Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist (Markus 12,17).

Manche behaupten, unsere Verfassung privilegiere die christlichen Kirchen, Atheisten würden dagegen marginalisiert. Das

Grundgesetz spricht jedoch gerade nicht von den Kirchen, sondern in Art. 140 von Religionsgemeinschaften. In diesem Artikel werden Bestimmungen aus der Weimarer Reichsverfassung übernommen. Diese spricht von Religionsgesellschaften und stellt ihnen ausdrücklich Vereinigungen gleich, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen (WRV Art. 137, 7). Also: Alle können die Rechte aus der Verfassung für sich in Anspruch zu nehmen. Sie müssen sich nur richtig organisieren. Denn auch der Verzicht auf Religion ist eine Weltanschauung. Deren Verbot wäre ja ebenso absurd wie ein Verbot der Musikalität. Zudem haben Religionsverbote bei Kommunisten und Nazis die Freiheit der Menschen nie erweitert, sondern immer blutig zerstört.

Hinter unseren Verfassungsbestimmungen steht eine lange Geschichte. Nach dem Ende der Christenverfolgungen in der frühen Kirche geht es über das ganze Mittelalter hinweg um die Frage, ob die religiöse Autorität (Papst) oder die staatliche Autorität (Kaiser) Vorrang hat.

Der Streit darüber ist der rote Faden der abendländischen Geschichte bis zur Neuzeit. Kein anderes Problem hat unsere kulturelle und politische Entwicklung stärker bestimmt und über die Auswanderer nach Nordamerika auch dort Beachtung gefunden. Aus dem Neuen Testament kommt ein Geschmack der Freiheit in die Welt und der Sinn für Mündigkeit in Eigenverantwortung und Nächstenliebe. Wer das Verhältnis von Staat und Religion diskutiert und problematisiert, muss diese Dimension der europäischen Freiheitsgeschichte kennen. Darum haben Staat und Kirche gemeinsam die Aufgabe den gegenwärtigen religiösen Alphabetismus zu überwinden, wobei sie natürlich unterschiedliche Voraussetzungen zu beachten haben.

Nach 1. Tim. 2, 1ff haben die Christen für den Staat zu beten. Denn er muss Leistungen erbringen, die den Menschen ein verlässliches Leben ermöglichen. Stichworte: Rechtsstaat und staatliches Gewaltmonopol. Beispiele: Gerichtswesen und Polizei – menschliche Ordnungen, die gerade als solche hoher Aufmerksamkeit und Pflege bedürfen. Wenn Gerichten wegen Arbeitsüberlastung termingerechte Urteile nicht mehr möglich sind und Polizisten in Straßenschlachten verwickelt werden, wird die staatliche Autorität übel unterlaufen. Vor allen sonstigen, durchaus auch nötigen Reformen muss endlich zuerst dafür gesorgt werden, dass der Staat und seine Aufgabenerledigung wieder positives Ansehen gewinnen.

Gehört der Islam zu Deutschland?

Der frühere Bundespräsident Wulff hatte behauptet, der Islam gehöre zu Deutschland wie Judentum und Christentum. Trotz klarem Widerspruch wird das von anderen häufig wiederholt. Ein offensichtliches Problem hierbei ist vor allem elementar rechtsstaatlicher Natur: Wenn nämlich die Unterscheidung von religiöser und juristischer Autorität verworfen wird, so ist dies auf dem Boden des Grundgesetzes nicht akzeptabel. Bekannt sind die Konflikte, die durch Migranten aus islamischen Ländern zu uns getragen werden, weil sie unsere rechtsstaatlichen Verhältnisse nicht kennen: Kinderehe, Mehrehe, Strafe für Religionswechsel, Ehrenmord. Die Scharia als religiöses Gesetz ist den nationalen Verfassungen vorgeordnet. Die islamischen Staaten haben sich einem eigenen Menschenrechtskatalog verpflichtet, der hinter den UNO-Menschenrechtsbestimmungen zurück bleibt, aber Vorrang vor diesen beansprucht.

In Deutschland ist man geneigt, darin Deformierungen des ursprünglichen Islam zu sehen. Das mag sein. Aber dann muss genau hierum der Streit geführt werden. Natürlich können Religionen entarten. Was uns aber Beschwer bereitet, sind gerade

diejenigen Muslime, die hierin eine originäre Ausprägung des Islam sehen. Es gibt Muslime, die ihre Religion in europäischer Perspektive verändern wollen. Sie fordern eine historisch-kritische „Relecture“ des Korans sowie der islamischen Tradition. Dazu gibt es genügend Literatur, die aber offenkundig in den Bischofsbüros und bei den Spitzenpolitikern wenig rezipiert wird. Diese Reformer des muslimischen Glaubens können bei uns zumeist nur unter Polizeischutz reden. In den Moschee-Gemeinden werden ihre Gedanken abgelehnt und eine religiös-politische Parallelgesellschaft gefördert.

All das muss realistisch, sachhaltig und nüchtern betrachtet werden, weil der Islamismus eine große Gefahr darstellt. Es darf jedoch nicht zugelassen werden, dass dann im Gegenzug die Kritiker solcher politideologisch-fundamentalistischer Islam-Lesarten sogleich als extremistisch, nationalistisch und rassistisch verleumdet werden. Was ist bei uns Deutschen los, wenn die moralisch beschimpft werden, die eingetretene Übelstände beschreiben? Wer da von Vorverurteilung redet, lügt sich selbst in die Tasche und gefährdet am Ende den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land.

» Was ist bei uns Deutschen los, wenn die moralisch beschimpft werden, die eingetretene Übelstände beschreiben? «

müssen: Religionsunterricht für muslimische Kinder in deutscher Sprache. Die Kultusverwaltungen brauchen dazu aber ein Gegenüber, weil sie selbst die Inhalte des Religionsunterrichts nicht bestimmen dürfen. Das ist Sache der Religionsgemeinschaften im Zusammenwirken mit dem Staat. Der Islam ist aber nicht so organisiert wie die Kirchen mit Mitgliederlisten und gewählten Leitungen. Einzelne Bundesländer haben darum mühsam Kuratorien aus islamischen Gruppen gebildet. Das sind allenfalls pragmatische Lösungen, die aber unsere Verfassungsvorgaben, wenn wir ehrlich sind, bis zum Äußersten strapazieren. Der Staat, der sich in Religionsachen zurück halten soll, muss sich in ihnen engagieren, damit die Wohltat der Glaubensfreiheit erkannt und vielleicht auch einmal gelebt wird.

Ebenso ist es bei der sog. Moscheesteuer. Sie ist dringend nötig. Denn es widerspricht dem Geist unserer Verfassung, wenn Imame in einem fremden Staat wie der Türkei ausgebildet werden, von dort Arbeitsaufträge und Besoldung erhalten und dann bei uns zusammen mit ihren religiösen Aufgaben auch noch ziviles Recht sprechen. Religiöse Gemeinschaften bringen bei uns die Kosten ihrer Arbeit selbst auf. Wie soll das geschehen, wenn der Islam keine Mitgliederlisten kennt?

Kleinigkeiten sind wichtig. Das Kopftuch muslimischer Frauen gehört nicht zu den religiösen Kernstücken des Islam. Mag sein, dass die Mehrzahl der Trägerinnen damit keine Missionsabsicht auf unseren Straßen verbindet. Aber es ist ein Symbol islamischen Denkens. Darum hat es bei Frauen nichts zu suchen, wenn sie im staatlichen Auftrag beruflich als Lehrerinnen oder Richterinnen tätig sind. Anders ist es beim Kreuz an der Halskette oder auf einem Kleidungsstück. Es steht für die Unterscheidung von Religion und staatlicher Macht. Sogar in Gerichtsurteilen wurden Kopftuch und Christenkreuz miteinander als „religiöse Symbole“ bezeichnet, gleichen Regeln unterworfen und in staatlichen Räumen verboten. Das zeigt, wie wenig sogar auf hoher staatlicher Ebene bisweilen noch von Religion verstanden wird.

Was hat die Kirche bisher vom Islam verstanden? Der Rat der EKD hat schon 2006 unter dem damaligen Vorsitz von Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber seine Position markiert. Der Titel

„Klarheit und gute Nachbarschaft“ zeigt: Die EKD will auf gute Nachbarschaft hinaus. Voraussetzung dafür ist auf beiden Seiten gute Kenntnis voneinander. Aus Unkenntnis erwächst Misstrauen. Manchen Bischöfen hat das aber nicht genügt. Sie haben zum Ramadan Muslime begrüßt und ihnen Glaubensstärkung bei ihrem Fest gewünscht. Danach haben die rheinische und die badische Landeskirche in Gesprächspapieren den Christenglauben durch Islamtheologie ergänzt und substantielle Abstriche an der Bedeutung Jesu Christi vorgenommen, sodass die Offenbarung Gottes in seinem Sohn als Marotte erscheinen muss. Das ist letztlich eine theologisch nicht akzeptable Vermischung von Christenglauben und Islam. Das Barmer Bekenntnis von 1934 sagt dazu falsche Lehre, die zu verwerfen ist. Warum laden die bischöflichen Muslimfreunde unsere muslimischen Mitbürger nicht zu Weihnachten in unsere Gottesdienste ein und bringen ihnen so unser Kirchenjahr nahe, das unsere Kultur nachhaltig geprägt hat? Das wäre ein besserer kirchlicher Beitrag zur Inklusion als die Erfindung einer ketzerischen Mischreligion aus Islam und Christentum.

Wichtig ist: Ein polit-religiöser Islam wird verworfen, nicht die Muslime, ein totalitäres und überholtes Religionssystem, das die Religionsfreiheit nicht kennt, wird abgelehnt, nicht aber die Gläubigen. Evangelischer Glaube und Artikel 4 GG nötigen zu dieser Differenzierung. Die Muslime gehören zu Deutschland, ein freiheits- und verfassungsfeindlicher, ein fundamentalistischer Islam aber nicht.

Christliches Menschenbild

Die Unionsparteien erklären das „C“ gerne so: Politik auf der Basis des christlichen Menschenbilds. Was ist damit gemeint? Etwa: Als der HERR sah, dass der Menschen Bosheit groß war auf Erden und alles Dichten und Trachten ihres Herzens nur böse war immerdar, da reute es ihn, dass er die Menschen gemacht hatte... (1. Mose 6, 5). Und: Wollen habe ich wohl, aber das Gute vollbringen kann ich nicht. Denn das Gute, das ich will, das tue ich nicht, sondern das Böse, das ich nicht will, das tue ich... Ich elender Mensch! Wer wird mich erlösen von diesem todverfallenen Leibe? (Römer 7, 18f und 24). Das ist harte Rede! Sie zerstört die Illusionen, die wir Menschen uns über uns selbst machen. Es ist aber auch eine nötige Rede. Denn die Illusionen über das Gute im Menschen verstellen den Blick auf die Realitäten des Lebens. Auf diese aber muss sich Politik beziehen können. Freilich: Die Abgründe des Menschseins, die die Bibel uns zumutet, sind nicht ihr letztes Wort. Am Ende der Sintflutgeschichte sagt Gott: Ich will hinfort nicht mehr die Erde verfluchen um der Menschen willen; denn das Dichten und Trachten des menschlichen Herzens ist böse von Jugend auf (1. Mose 8, 21). Die Sünde des Menschen kann die Treue Gottes zu seinen Geschöpfen nicht aufheben.

Zum biblischen Menschenbild gehört nicht nur die Sünde, sondern ebenso essentiell die Freiheit. Im sog. zweiten Schöpfungsbericht gibt Gott dem Menschen ein Gebot (1. Mose 2,16f). Nur der Mensch erhält ein Gebot Gottes, nicht die Tiere, nicht die Steine, der Sand, die Gestirne usw. Mit dem Gebot bekommt der Mensch die Freiheit der Entscheidung: Das Gebot befolgen oder missachten. Das Gebot adelt den Menschen zum Freiheitswesen. Bald danach verspielt er seine Freiheit und wendet sich von Gott ab. So stehen Freiheit und Sünde im Zusammenhang, ebenso Gott und der Mensch. Der Mensch, der ohne Gottesbeziehung für sich allein leben möchte, verfehlt sein Menschsein. Im Akt der Sündenvergebung wird diese menschliche Grunddimension auf Gott hin aktiviert: Ego te absolvo (ich spreche dich frei). Das kann niemand sich selbst sagen, das kann man nur erbitten, hören und darauf vertrauen, dass die vom Pfarrer gesprochenen Worte

„Die Orientierung der Politik am christlichen Menschen- und Geschichtsbild wird weitgehend im Vollzug erkennbar. Verbale Behauptung genügt nicht.“

stimmen, also bewirken, was sie sagen.. Die dem „C“ verpflichtete Politik ist mithin eine freiheitliche, eine solche, die Freiheit ermöglicht. Und die durch Gottes Gebot ermöglichte Freiheit ist wiederum keine grenzenlose. In der Spannung zwischen Gebot, Freiheit und Sünde vollzieht sich das individuelle Leben, aber auch das politische. Wie sind die Grenzen der Freiheit näher zu beschreiben? Diese Frage darf nicht voreilig gestellt werden. Aber Politik und Kirche müssen sie zulassen. Denn das hohe Gut der Freiheit steht immer in Gefahr, sich selbst zu zerstören. War mit dem Gen-Experiment in China die rote Linie überschritten? Der evangelische Theologe und gewählte Vorsitzende des Deutschen Ethikrats Prof. Dr. Peter Dabrock hat das behauptet. Andere diskutieren, ob es ein Grundrecht auf Gebrauch sexueller Freiheit gibt, das die Ordnungsregeln tradierteter Geschlechtermoral außer Kraft setzt.

Neben der Sünde steht Vergebung. Gibt es Vergebung auch in der Politik? Also Neuanfang statt Fortsetzung des Bisherigen? Änderung des Verhaltens unter dem Eindruck der Vergebung? Kritische Selbstbesinnung statt emotionale Selbstbefriedigung? Diese Fragen bleiben offen. Denn derzeit dominieren moralische Einschätzungen und Verwerfungen über die Erkenntnis und Diskussion von Fakten.

Zum biblischen Menschenbild gehört also auch Geschichte. Christen glauben ihre Zeit als Geschenk aus Gottes Ewigkeit. Für diese begrenzte Zeit tragen sie Verantwortung. Die große Vision eines unbegrenzten Friedensreiches liegt dagegen in Gottes Verheißung. Wenn Menschen sie realisieren wollen, überfordern sie sich und ihre Mitmenschen. Die vermeintliche Guttat der Weltrettung hat noch immer zu noch schlimmeren Übeln geführt. Bonhoeffer unterscheidet zwischen den letzten Dingen, die Gott sich selbst vorbehalten hat, und den vorletzten, die er unserer Verantwortung überträgt, damit wir sie in Perspektive auf die letzten Dinge in eine vorläufige Ordnung bringen. Vermutlich ist diese Differenzierung des Glaubens momentan seine wichtigste Einsicht für das politische Leben.

Aus dieser Einsicht erwächst der Mut zum Kompromiss. Ohne Bereitschaft dazu ist politisches Leben nicht denkbar. Und Politik wird blockiert, wenn Parteien schon vor den Wahlen Kompromisse für mögliche Koalitionen bekannt geben. So wird der Sinn der Wahlen vorweg minimiert. Es gibt gute und schlechte Kompromisse. Ihr Wert ist an den Grundprinzipien der jeweiligen Partei zu bestimmen und an seinen Folgen über die jeweilige Partei hinaus. Auch für Kompromisse kann Vergebung erwartet werden. Selbstgefällige Moral kennt dagegen keine Kompromisse, weil sie das Gute immer nur bei sich selbst sieht.

Die Orientierung der Politik am christlichen Menschen- und Geschichtsbild wird weitgehend im Vollzug erkennbar. Verbale Behauptung genügt nicht. Es bedarf kluger Erklärung damit, auch Nichtchristen erkennen können, welche humanen Kräfte im Christenglauben verborgen sind. Und diese Politik muss Gegenbeispiele vermeiden. Wenn hochrangige Vertreter aus der Wirtschaft zu nötiger Besprechung ins Kanzleramt gebeten werden, dann ist der Sonntag der dazu am wenigsten geeignete Wochentag.

Die Nahen und die Fernen

Diese Überschrift hat Karl Barth für einen Abschnitt seiner Ethik gewählt, der traditionell mit „das Volk“ überschrieben ist. Er wollte damit 1951 den Missverständnissen aus dem Weg gehen,

die mit dem Völkischen quasi sakrale Vorstellungen verbinden und darum das eigene Volk über andere Völker erhöhen. Inzwischen bestimmt das Gegenteil davon unsere Situation. Das Volk wird klein geredet, Populismus ist ein Schimpfwort, obwohl das darin versteckte lateinische Wort „populus“ nichts anderes als das Volk meint. Darf man aber überhaupt in unserer globalisierten Welt noch so denken, mit Grenzen im Hinterkopf, Passkontrollen, Zöllen usw.?

Zunächst geht es um die Menschen die uns nahe sind, unabhängig von ihrer oder ihrer Eltern Herkunft. Oft sind es uns vertraute Menschen, die gemeinsame Erfahrungen mit uns haben, aus Schule, Arbeitsplatz, Sportverein. Das sind geschichtlich gewordene Lebenszusammenhänge. Jeder Mensch wird in solche hinein geboren. Es sind Lernorte zur Entwicklung einer verantwortlichen Lebensweise. Hier kann Vertrauen entstehen und Mut geübt werden, gegenseitige Hilfe, aber auch nötige Korrektur im Lebensvollzug. Darum spricht die Bibel von Nächsten-Liebe. Übernächsten-Liebe gibt es nicht. Und es macht großen Sinn, diesen Lebenszusammenhang auch juristisch zu regeln. Denn so werden Chancen und Verpflichtungen deutlich. Hier können die Tugenden entwickelt und geübt werden, mit denen wir künftigen Entwicklungen standhalten können. Die Rede von den Werten, gar auf Skalen aufgereiht, wird immer weniger brauchbar.

Wenn der Lebenszusammenhang der Nahen seine Leistungen erbringen soll, dann muss auch abgesprochen werden, wer Zugangsrecht zu ihm hat und welche Beteiligung an den gemeinsamen Leistungen erwartet wird. Das böse Wort von der „Abschottung“ wird dem nicht gerecht. Es gibt kein Grundrecht auf Migration quer über den Globus hinweg. Es gibt und muss

„Ihren Auftrag empfängt die Kirche von ihrem Herrn, nicht von gesellschaftlichen Umständen, ob diese nun günstig oder ungünstig sind.“

freilich geben eine Dankbarkeit für die Wohltat des Lebenszusammenhangs mit den Nahen. Und diese Dankbarkeit muss zum Teilen bereit sein. Es ist die schwierige Aufgabe, Hilfe und Nachbarschaft so zu orga-

nisieren, dass aus Fremden Nahe werden können. Da muss der gute Wille mit kluger Kalkulation der eigenen Kräfte verbunden werden. Selbstüberforderung verlangt die Bibel nicht. Sie ist das Ende der Nächstenliebe.

Der Blick auf die Fernen ist nicht ganz so eindeutig. Er kann eine tief empfundene Verpflichtung zu Hilfe entstehen lassen. Die nichtstaatlichen Hilfsorganisationen sind aus solchen Erfahrungen entstanden. Er kann zu Abenteuern verführen, die plötzlich neuen Hilfebedarf verursachen. Er kann auch abstoßenden Egoismus bewirken und kalte Herzen hervor bringen. Denn natürlich sind auch die Fernen nicht davor bewahrt, Böses in sich zu tragen, wie das die Bibel allen Menschen aufzeigt. In der Perspektive auf die Fernen hin ist es besonders gefährlich, das Gute nach eigenen Vorstellungen als selbstverständlich voraus zu setzen. Auch das Gute hat eine verführerische Macht. Man kann sich damit im Eigenlob über andere hinweg setzen.

Also auch hier: Kluge Kalkulation. Emphatische Appelle und leere Versprechungen verbittern die Menschen, die sich übergangen fühlen, wenn der Staat mit der Sorge für die Fremden überfordert wird. Staatsversagen findet nicht in den Parlamenten und in den Zeitungen statt, sondern in überforderten Gerichten, bei Polizeieinsätzen, bei der schwäbischen Lehrerin, in deren Klasse von 30 Schülerinnen und Schülern nur ein einziges deutsches Kind sitzt. Die Menschen haben keinen Fremdenhass. Das ist üble Nachrede. Sie haben aber zunehmend Vertrauen in die

Politik verloren, die die Begegnung mit den Fremden regeln soll. Die kleineren Länder in Europa kommen mit den sozialen Fragen, auch mit Bildung und Migration besser zu recht als die größeren. Die größeren wiederum haben die stärkere Wirtschaftskraft und größere finanzielle Ressourcen. Bei den einen können Tugenden wachsen, bei den anderen Überheblichkeit, Hoffnung und Angst liegen dicht beieinander. Werden die Organisationsstrukturen der europäischen Gemeinschaft dem noch gerecht?

Schlussfrage: Wozu ist die Kirche da?

Die Prognosen sind nicht gut. Kirchenaustritte werden durch Eintritte nicht egalisiert, Bestattungen nicht durch Taufen, Gottesdienstbesuche sind ebenfalls rückläufig. Aber in diesen Statistiken fehlt Wichtiges: Große Kirchenmusik (mit zum Teil hohen Eintrittsgeldern), Tagungen (etwa in den Akademien), Freizeiten (oft mit Freikirchen zusammen), Konferenzen (in Kooperation mit Berufsverbänden), soziale Dienste (in christlichen Tagungshäusern). Das „Monatliche Allianzgebet“ öffnet Tag für Tag den Blick auf Glaubensengagement, das sonst zumeist unbekannt ist. Die Zahl der „Besucher“ von Kasualgottesdiensten steigt, selbst in Todesanzeigen mit freien Rednern ist Sehnsucht über den Tod hinaus zu spüren. Milieusensible Gemeindefarbeit mit zeitaufwendigen Tagungen werden der Pfarrerschaft von Kirchenleitungen abverlangt. Günther Dehn (1882-1970, Religiöser Sozialist, dann BK-Mann, zuletzt Professor für Praktische Theologie) hat den Rat gegeben, pro Arbeitstag ein Hausbesuch, da lernt man die Milieus direkt kennen und betreibt zugleich Predigtvorbereitung.

Ärgerlich ist, dass Kirchenleitungen diesen Negativtrend noch verstärken. Pfarrgemeinden werden fusioniert, Immobilien verkleinert, Kirchengebäude in kleinen Filialgemeinden geschlossen, Ehrenamt soll die Lücken schließen, sodass Hauptamtliche fragen, warum sie überhaupt studiert haben. Warum werden nicht regional durch Zusammenarbeit innerhalb der Ev. Allianz evtl. Versorgungslücken geschlossen? Warum gibt es keine offiziellen Glaubenskurse für Migranten, warum keine bischöflichen Willkommensgrüße für Menschen, die neu in die Kirche eintreten? Seit der Islam-Studie „Klarheit und gute Nachbarschaft“ von 2006 hat die EKD nahezu jährlich weitere Islampapiere veröffentlicht. Sieht so Verlässlichkeit aus? Kann die organisierte Kirche als Arbeitgeber für junge Menschen noch interessant sein?

Es geht nicht vornehmlich um die Nützlichkeit der Kirche für das gesellschaftliche Leben. Agentur in der Zivilgesellschaft, Kitt im Zerbrechen tradierter Lebensformen, politischer Verstärker im Streit um Zukunftswerte. Katholische Bischöfe fahren regelmäßig nach Rom, evangelische zu einer Klimakonferenz oder einem Umweltsymposion. Damit lässt sich unsere Kirche für Entwicklungen in Anspruch nehmen, die politisch durchaus wichtig sein können, die aber auf die Kirche nicht angewiesen sein dürfen. Wenn sie sich anbiedert, verliert sie ihr Profil. Wenn sie nicht aufpasst, gerät sie in den Sog parteipolitischer Interessen, wird „Zivilkirche“, abhängig von gesellschaftlichen Vorgängen aller Art. Im alten Kaiserreich stand die Kirche rechts, jetzt steht sie links.

Ihren Auftrag empfängt die Kirche von ihrem Herrn, nicht von gesellschaftlichen Umständen, ob diese nun günstig oder ungünstig sind. Der Auftrag der Kirche, in welchem ihre Freiheit gründet, besteht darin, an Christi Statt und also im Dienst seines eigenen Wortes und Werkes durch Predigt und Sakrament die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk. Das ist der sechste Artikel der Barmer Theologischen Erklärung von 1934, der Höhepunkt dieses Bekenntnisses. Was immer die Kirche plant und unternimmt, muss darauf bezogen werden können. Daraus ergeben sich sowohl Ordnungselemente für die

Kirchenorganisation wie für ein verantwortetes Leben im Glauben. Die Mission ist also die Kernaufgabe: Menschen den Christenglauben so nahe bringen, dass sie ihn sich aneignen können, um so ihr Leben zu bestehen. Die Sorge dafür muss die erste und letzte Aufgabe einer Kirchenleitung sein. Alles andere, was im Laufe der Geschichte in der Kirche entstanden ist, wieder verloren ging, ihr von anderen angetragen wurde, als felsenfest galt oder als beliebig, kurz: alles was mit dem Stichwort „Christentum“ belegt wird, kann und muss dem zugeordnet werden. Nur so gewinnt die Kirche Profil.

Man nennt das ein funktionales Kirchenverständnis. Das ordnende innere Element ist die Funktion: Verkündigung der freien Gnade Gottes an alles Volk. Das römisch-katholische Kirchenverständnis ist anders. Es ist ein sakramentales. Die Kirche ist der heilige Leib Christi auf Erden und hebt sie sich so von allen anderen Gemeinschaften auf Erden ab; erst wenn das erkannt ist, kann auch von der Kirchenorganisation geredet werden. Kann man beide Kirchenverständnisse einander annähern? Kaum. Es ist auch nicht zweckmäßig. Den Evangelischen tut es gut, Geschwister im Glauben zu haben, die für Kontinuität stehen. Den Katholiken tun Geschwister im Glauben gut, die eher spontan und sogar experimentell ihren Glauben leben. Also macht es wenig Sinn, immer wieder ökumenische Fortschritte einzuklagen. Diese klagenden, oft sogar anklagenden Reden verdecken, dass wir einander gerade in den Unterschieden brauchen.

Was ist mit den anderen Religionen, die in Folge der Globalisierung mitten unter uns leben und nicht mehr nur in fernen Ländern. Religion soll Lebensgewissheit vermitteln, soll Menschen helfen, den Bedrängnissen des Lebens standzuhalten. Sie muss sich nicht um absonderliche Verhältnisse im Weltall oder im subatomaren Bereich kümmern. Es geht auch nicht um intellektuelle oder emotionale Besonderheiten jenseits der normalen Ausstattung des Menschseins. Nein! Es geht um das alltägliche Leben, um Selbstgewissheit aus der Gottesgewissheit, um Selbstvertrauen, das Gottes Vertrauen zu uns in Anspruch nimmt. Der Christenglaube ist nicht einfach eine weitere Variante in der religiösen Pluralität unserer Zeit. Er vermehrt diese Pluralität nicht. Er durchkreuzt sie! Wäre er pluralistisch, würde er die Zweifel und Selbstzweifel noch weiter vermehren. Er steht dagegen inmitten der vielen miteinander konkurrierenden Lebensentwürfe für ein Leben auf festem Fundament. Das ist kein Machtanspruch des Christentums. Es ist ein Vertrauensangebot aus dem Christenglauben für das Alltagsleben. Und dieses sieht vielfältig aus, wenn es in Christus seine Mitte hat.

1. Der christliche Glaube hilft den Menschen, eine Persönlichkeit zu werden, die die Negativerfahrungen des Lebens verkraften kann und gegen Selbstüberhebung gefeit ist. Die Natur des Menschen ist auf Begegnung mit anderen angelegt. Nur so entsteht Persönlichkeit, nicht allein aus dem Menschen selbst. Der trinitarische Gott im christlichen Glaubensbekenntnis ist ein Gott in Beziehung. Vater, Sohn und Heiliger Geist. Dieses Geheimnis geht verloren, wenn in üblich oberflächlicher Weise vom Monotheismus der Christen geredet wird. Basis der Gottesbeziehung ist die Taufe. Im Abendmahl erfolgt die regelmäßige Auffrischung. In der Predigt geschieht die Deutung der Glaubenserfahrung, in Gesang und Gebet die Feier dieses Geschehens. In den Krisen der Globalisierung braucht man eine Religion, die keine Angst macht, sondern Vertrauen stärkt und auch durch finstere Täler hindurch hilft (Psalm 23).

2. Am Anfang des christlichen Glaubens steht der „Friedefürst“. An seinem Frieden nehmen Christen teil, auch wenn sie ihn bei sich nicht vollkommen realisieren können. Christen und ihre

Kirchen sind auf Friedensförderung ansprechbar. Keine Weltreligion hat so viele Friedensbewegungen aus sich heraus entwickelt wie das Christentum. Dennoch bleibt eine Differenz zwischen ihren Bemühungen und den verheißenen Taten Gottes. Friede ist nicht die Einebnung aller Besonderheiten auf ein kulturell-soziales Zwangsprogramm, auch nicht eine konfliktfreie Weltregierung. Friede unter Menschen muss darum unterschiedliche Wahrheitsverständnisse akzeptieren. Christenglaube hat mit der Auferstehung begonnen und war immer auf Zukunft ausgerichtet. In dieser Ausrichtung lässt sich aushalten, dass der menschliche Friede immer bruchstückhaft ist und die menschliche Wahrheitserkenntnis immer unvollendet. Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben (Joh 14,6) sagt Jesus und Meinen Frieden gebe ich euch (Joh 14,27).

3. Christenglaube ist reformfähig, muss zur Selbstkorrektur bereit sein. Biblisch: zur Buße. Alle Religionen stehen in der Gefahr, sich zu verfestigen (Fundamentalismus) oder sich belanglos zu machen (Liberalismus). Reform bedeutet, in den eigenen Anfängen die Kriterien für die Korrektur finden, aus der Bibel und den Bekenntnissen heraus das Profil neu schärfen. Die Anpassung der Bibel an den Zeitgeschmack macht die Bibel unnütz – für die Lehre der Kirche ebenso wie für die Lebensgewissheit der Menschen.
4. Christenglaube hilft, Unterschiede wahrzunehmen und auszuhalten. Fortschritt wird nicht durch Gleichmacherei erzieht, sondern durch Differenzierung. Das ist im Christenglauben ganz elementar: Gott und Mensch im Gegenüber, Zeit und Ewigkeit; göttliche Gnade und menschliches Wohl, Kirche und Staat usw. Für Luther ist im Wort Gottes die Unterscheidung von (anklagendem) Gesetz und (freisprechendem) Evangelium Basis aller Theologie. Christenglaube wehrt sich darum gegen alle Gleichmacherei, wie sie die Politik verständlicherweise gerne betreibt.
5. Der Christenglaube weist über sich selbst hinaus. Von Anfang an war er von intellektuell ambitionierter Theologie begleitet. Diese beschreibt auch ihre eigenen Grenzen und dringt nicht in den Freiraum Gottes ein. Unser Glaube ist nicht nur Denken, sondern auch persönliche Frömmigkeit im Gebet und im Gemeinschaftsleben der Glaubenden. Aber auch diese Frömmigkeit kann selbst in höchster Entwicklung Gott nicht vollkommen umfassen. Sowohl das fromme Denken wie die fromme Praxis sind auf Ewigkeit ausgerichtet.

Der Glaube, der am Auftrag der Kirche orientiert ist, ist also allemal vielfältiger und persönlicher als der Glaube, den die Zivilreligion anbietet. Und er ist allemal verlässlicher als die vielen anderen Religionen in ihrer Pluralität. Er kennt seinen Ursprung. Darum ist er zukunftsfähig.



Klaus Baschang

war als theologischer Oberkirchenrat Mitglied der Leitung der Ev. Landeskirche in Baden und zuletzt auch ständiger Vertreter des Landesbischofs.

„Was für ein Vertrauen“ (2. Könige 18,19)

37. Deutscher Evangelischer Kirchentag in Dortmund vom 19.–23. Juni 2019

Impressionen vom EAK-Empfang und dem EAK-Stand auf dem Markt der Möglichkeiten

- 1 Der alte und neue EAK-Bundesvorsitzende, PSt Thomas Rachel MdB
- 2 MP Armin Laschet, Bundesminister a.D. Dr. Thomas de Maizière und Thomas Rachel



- 3 Thomas Rachel, CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak und Bundestagspräsident a.D. Prof. Dr. Norbert Lammert
- 4 Thomas Rachel, Kirchentagspräsident Hans Leyendecker und Bischöfin Kirsten Fehrs (Sprengel Hamburg und Lübeck der Nordkirche)



- 5 v.l.n.r.: EKD-Prälat Dr. Martin Dutzmann, DEKT-Generalsekretärin Dr. Julia Helmke, Bischöfin Fehrs, ZdK-Präsident Thomas Sternberg, EKD-Ratsvorsitzender Prof. Dr. Bedford-Strohm und MP Armin Laschet
- 6 Dr. Thomas de Maizière, Kerstin Griese (SPD) und Generalsekretär Paul Ziemiak

Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

Herausgeber

Thomas Rachel, Dieter Hackler, Norbert Kartmann, Sabine Kurtz, Christine Lieberknecht, Christian Schmidt

Redaktion

Dr. Johanna Schulze, Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducusu.de

Spenden-Konto

Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
KontoNr. 266 098 300
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00
BIC: COBADEFFXXX

Autoren

PSt Thomas Rachel MdB,
Prof. Dr. Wolfgang Merbach,
Prof. Dr. Thomas Schirmmacher,
Philipp W. Hildmann, David Müller,
Klaus Baschang

Druck DAS DRUCKTEAM BERLIN

Fotonachweis

Titelbild: © bestdesigns/istock
S. 3: © We-Ge/istock
S. 10/12: © Müller
S. 13: Stadtratte © istock
S. 18/19: Bild Nr. 1, 2, 3, 6, 7 © Warnecke

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber. Papier: 100 % chlorfrei

 Besuchen Sie uns auf unserer facebook-Seite!



7 Thomas Rachel begrüßt den ehemaligen EAK-Bundesvorsitzenden, Bundesminister a.D. Jochen Borchert

8 Der UHU-Posaunenchor aus Mecklenburg-Vorpommern unter der Leitung von Landesposaunenwart Martin Huß

9 Prof. Alfred Seiferlein, Thomas Rachel, Dr. Dorothea Deneke-Stoll und Hans-Jürgen Hopf

10 Der EAK-Bundesvorsitzende begrüßt Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen und Hermann Gröhe

11 Der EAK-Bundesvorsitzende und EAK-Bundesgeschäftsführer mit dem Generalsekretär des Gustav-Adolf-Werkes, Enno Haaks

12 Am Stand der Diakonie Deutschlands: Thomas Rachel mit Maria Loheide (Sozialpolitischer Vorstand)

13 Der EAK-Bundesgeschäftsführer, Pastor Christian Meißner, im Interview beim „Radio auf dem Kirchentag“



14 Am Stand der Deutschen Ev. Allianz: Thomas Rachel, Hartmut Steeb und Ulrich Materne

Spende

Bitte helfen Sie uns!

Der EAK setzt sich nun schon seit über 67 Jahren dafür ein, die evangelische Stimme in Politik und Gesellschaft nicht verstummen zu lassen.

Wir werden all unsere politischen Ziele auch in Zukunft nur dann durchsetzen können, wenn auch Sie uns dabei weiterhin tatkräftig unterstützen, und wenn wir gemeinsam beherzigen, wo wir stehen und gewiss und freudig bekennen, von wo wir herkommen. Ihre Güte und Großzügigkeit, mit der Sie uns in den vergangenen Monaten erneut unterstützt haben, und auf die wir auch weiterhin hoffen, möge Gott vielfältig segnen.

Mögen Sie, Ihre Familien und Ihre Lieben in dieser Sommerzeit viel Erholung, Kraft und Freude erfahren!

Ihre Spende können Sie im Rahmen der einschlägigen steuergesetzlichen Vorschriften steuermindernd geltend machen.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts		BIC	
Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen) E A K d e r C D U / C S U			
IBAN D E 7 9 1 0 0 4 0 0 0 0 0 2 6 6 0 9 8 3 0 0			
BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen) C O B A D E F F X X X			
		Betrag: Euro, Cent	
Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers S p e n d e f u e r d e n E A K			
noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)			
Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)			
IBAN D E			08
Datum		Unterschrift(en)	

Beleg für Kontoinhaber

IBAN des Kontoinhabers
Kontoinhaber
Zahlungsempfänger Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Verwendungszweck Spende fuer den EAK
Datum
Betrag: Euro, Cent